

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 21. Januar 1905.

№ 8.

Die Witwenunterstützung.

Bei den Erfolgen, welche unsere Organisation auf gewerkschaftlichem Gebiete durch Einfügung von Unterstützungsvereinen erreicht, ist es gewiß eine ganz natürliche Erscheinung, daß in Mitgliederkreisen das Bestreben zutage tritt, einerseits die vorhandenen Einrichtungen weiter auszubauen, andererseits dann auch in solchen Bedürfnisfällen helfend eingreifen zu wollen, die nicht aus der Berufstätigkeit resultieren, sondern auf dem Gebiete der Privatfürsorge liegen. An Opferfreudigkeit nach dieser Richtung hat es trotzdem nie gefehlt und man kann ohne Ueberhebung konstatieren, daß diese Hilfsbereitschaft sich geradezu zu einer „freiwilligen Verbindlichkeit“ herausgebildet hat. Man braucht nur an die Zeit vor und auch noch während der Zentralisationsbestrebungen der deutschen Buchdrucker hinzuweisen, wo an vielen Druckorten, in denen ein, wenn auch selbst kleiner Kollegenkreis vorhanden war, vielfach in Gemeinschaft mit den Prinzipalen Klassen gegründet wurden, die zwar in erster Linie gesellschaftlichen Zwecken dienen, dann aber auch in bestimmten familiären Notfällen helfend eingreifen sollten. In der Folge mehrten sich jedoch diese Fälle und um ihnen Rechnung tragen zu können, mußte man noch zu freiwilligen Sammlungen die Zuflucht nehmen, die je nach Bedarf veranstaltet wurden. Witwen waren es meist, die die Hilfe der Kollegenkreise anriefen, und das weckte alsdann den Gedanken, um dieser Hilfe jeden Beigeschmack der Bettelei zu nehmen, den Witwen durch Einrichtung eines bestimmten Beitrags eine regelmäßige Unterstützung zu sichern, also Witwenkassen zu gründen. Prinzipale wie Gehilfen waren gleich durchdrungen von der Notwendigkeit solcher Kassen und traten dieselben auch zahlreich ins Leben. Leider ließ man dabei, wie damals bei fast allen Klassengründungen, die Schaffung einer sichern Grundlage außer acht. Ohne Berücksichtigung der Anforderungen, welche mit der Zeit an eine solche Kasse herantraten mußten, rechnete man nur mit den augenblicklichen Verhältnissen und normierte dementsprechend auch die Beiträge. Bald genug sollte sich diese Kurzsichtigkeit rächen! Kassen auf fakultativer Grundlage müssen eben von vornherein doppelt vorsichtig handeln bei Erwägung der Frage, ob es der kommenden Generation möglich sein wird, die ihr im voraus übertragenen Verpflichtungen aufrecht zu erhalten, sonst muß sich eine solche Gründung zu einer schwer empfundenen Last auswachsen, die dann schließlich vielen Mitgliedern Anlaß gibt, nicht mehr mitzutun, was um so bedrohlicher erscheint, als der Zuwachs an neuen, namentlich jüngeren Mitgliedern mit den ständig steigenden Leistungen der Kasse nicht mehr Schritt hält. Hierin konnten auch die nicht unwesentlichen Zuwendungen seitens der Prinzipale etwas ändern; mit dem Augenblicke, wo für die Witwenkassen sich wiederholende Beitragserhöhungen und trotzdem noch Verkürzungen der Unterstützungssätze zur Notwendigkeit wurden, brach das Verhängnis herein: die Kassen wurden zur Schraube ohne Ende, stießen einen weitem Teil von Mitgliedern ab und der Zuwachs war gleich Null. Einige der Kassen, wie z. B. die

Berliner, haben dann auch die Segel streichen müssen, und die noch bestehenden befinden sich fast ausnahmslos in großer Kalamität, und es zeigt sich nun klar, daß bei Schaffung solcher Kassen das gute Herz mit dem kühn abwägenden Verstande durchgegangen ist und allerorts ertönt der Ruf nach dem „großen Bruder“ um Hilfe.

Es dürfte angebracht erscheinen, die Verhältnisse einiger der noch bestehenden älteren Kassen etwas näher zu beleuchten, um die Schwierigkeiten, in die dieselben trotz hoher Einschreibegelder, hoher Beiträge und langjähriger Karenzen geraten sind, würdigen zu können und deren Kenntnis zur weiteren Behandlung der Witwenunterstützungsfrage sogar notwendig ist.

Braunschweig.

Beitrag 25 Pf. für Verheiratete, welcher auch bei Arbeitslosigkeit, aktiver Militärpflicht sowie bei Uebungen und Mobilmachungen zu zahlen ist, für Unverheiratete 10 Pf. wöchentlich. Nach vollendetem 45. Lebensjahre ist der Beitritt den von auswärts zureisenden Kollegen nur gegen Vorbringung eines Gesundheitsattestes gestattet, aus dem erhellt, „daß sie zurzeit völlig gesund, namentlich nicht an Schwindel, Wassersucht oder einem sonstigen lebensverkürzenden Uebel leiden“; außerdem ist ein Einschreibegeld von 30 Mk. zu entrichten. — Die Unterstützung beträgt jährlich 90 Mk. an die Witwen solcher Mitglieder, welche mindestens ein volles Jahr als „verheiratete“ zur Kasse gezahlt haben. — Die Einnahmen an Beiträgen beliefen sich im letztverfloffenen Jahre auf 3462 Mk., die Ausgaben für Unterstützung und Verwaltung 4080 Mk.; das Defizit konnte aus den Zinsen des 18000 Mk. betragenden Vermögens gedeckt werden. — Mitgliederstand: 199 Verheiratete, 50 Unverheiratete. — Seit 1850 waren im ganzen 68 Witwen, von denen bis Ende 1903 21 verstorben sind, zu unterstützen. Letztere haben zusammen 368 Jahre Unterstützung bezogen, im Durchschnitte jede Witwe 18 Jahre.

Breslau.

Einschreibegeld 15 Mk., Beitrag 25 Pf. wöchentlich. Ebenfalls eine ältere Kasse. Vorhandenes Vermögen 16538 Mk., wovon 11100 Mk. unangreifbarer Fonds. — Unterstützung 6 Mk. monatlich. Karenz 250 Beiträge. — 1903 betragen die Einnahmen an Beiträgen und Einschreibegeldern 4525 Mk., die Ausgaben an Unterstützungen und Verwaltungskosten 5215 Mk.; das Defizit fand Deckung durch die Zinsen des vorhandenen Kapitals und zahlreiche Geschenke aus Prinzipalskreisen und Zuwendungen von Ueberschüssen aus Vergnügungen, wie überhaupt an die Opferwilligkeit der dortigen Buchdruckerkreise für Erhaltung der Kasse große Anforderungen gestellt werden, wie aus jedem Rechenschaftsberichte hervorgeht. — Mitgliederzahl Ende 1903: 347, Zahl der Witwen: 73.

Hannover.

Die Kasse ist obligatorisch, sämtliche Mitglieder des dortigen Vereins müssen auch Beiträge zur Witwenkasse zahlen. Dieselbe war früher ein integrierender Teil der Krankenkasse, welche seinerzeit durch die gesetzlich vorgeschriebene Trennung 15 000

Mark der Witwenkasse zur Nutznießung überweisen mußte; das Kapital selbst darf nicht angegriffen werden. — Das Einschreibegeld, welches nur von Verheirateten zu zahlen ist, beträgt 40 Mk., der wöchentliche Beitrag gegenwärtig noch 10 Pf., der auch von Arbeitslosen, Kranken und Invaliden zu entrichten ist. Das Witwengeld beträgt bis auf weiteres monatlich 6 Mk. und beim Todesfalle einer Ehefrau wird ein Begräbnisgeld von 75 Mk. gezahlt. — Karenz: 15 Jahre. — Der Vermögensstand betrug am Schlusse des Jahres 1903 25000 Mark. — Die Einnahmen an Einschreibegeldern und Beiträgen beliefen sich im letzten Jahre auf 5693 Mk., die Ausgaben an Unterstützungen und Verwaltung auf 5746 Mk.; ein geringes Defizit, das zwar durch die Zinsen des vorhandenen Kapitals gut zu decken war, aber es dürfte nur eine Frage kurzer Zeit sein, daß auch diese Kasse trotz des obligatorischen Beitrittes vor der Alternative steht, entweder den Beitrag zu erhöhen oder die Unterstützung zu ermäßigen. — Die Mitgliederzahl beträgt 920 (darunter 500 verheiratete, die Zahl der nichtverheirateten Mitglieder ist demnach ziemlich beträchtlich, nahezu die Hälfte); die Zahl der Witwen 73, also etwa 8 Proz. der Gesamtmitglieder oder etwa 13 Proz. der verheirateten Mitglieder.

Diese Darstellung über die Verhältnisse in drei der älteren Buchdruckerwitwenkassen genügt, um sich ein Bild über die Situation machen zu können. Es sind uns Abschlüsse noch einiger Kassen zugegangen, die sich mehr oder weniger in derselben Lage befinden oder baldigst dahin kommen werden. Nur die Hamburger Kasse macht eine Ausnahme, ihr ist die Existenzmöglichkeit für eine Reihe von Jahren noch gegeben. Es wirkt bei ihr neben dem obligatorischen Beitritte noch ein sehr wesentlicher Umstand mit, nämlich, daß ihr alljährlich eine recht bedeutende Anzahl von Beiträgen von vorübergehend in Hamburg arbeitenden Mitgliedern verbleibt. Bei den heutigen starken Veränderungen eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle. In Verbandskreisen wird öfters auf die im Gau Frankfurt-Hessen bestehende Witwenkasse hingewiesen. Dieselbe kann aber hier gar nicht in Betracht kommen, da sie erst am 1. Juli 1902 ihre Leistungen begonnen, sich also noch im ersten Stadium ihrer Entwicklung befindet. Bemerkenswert ist aber doch schon, daß diese Kasse Ende 1903 bei einer Mitgliederzahl von 358 nach 1½ Jahren Tätigkeit bereits fünf Witwen auf den Unterstützungssatz übernehmen mußte.

Die Notlage der Witwenkassen im allgemeinen hat nun in den beteiligten Kollegenkreisen die Frage akut gemacht, wie derselben abzuhelpen ist. Weitere Beitragserhöhungen sind bei den meisten kaum noch angängig, sie erschweren auch die Gewinnung neuer Mitglieder; Verkürzung der Unterstützung ist kaum noch möglich, und so glaubt man die alleinige Lösung nur noch in der Angliederung eines solchen Unterstützungszweiges an die Verbandsvereine zu erblicken. Wie nun jede Idee sofort ohne nähere Prüfung ihre Anhänger findet, so auch hier. Trotzdem schon vor mehr als 20 Jahren nach eingehenden Erwägungen eine solche Kasse mit fortlaufender Unterstützung als ganz unmöglich erklärt

wurde (wir verweisen diesbezüglich auch auf die in Nr. 139 des „Corr.“ von 1904 wieder-gegebenen, zu jener Zeit gemachten Ausführungen unsers verstorbenen Särter), taucht sie trotzdem in den letzten Jahren mit verstärktem Nachdruck auf. Wie man früher die Invalidenunterstützung als die „Erönung des Gebäudes“ bezeichnete, soll dies jetzt die Witwenunterstützung sein, und man feiert sie als das beste Bindemittel an den Verband. Wer die Entwicklung unsers Verbandes verfolgt hat, wird zugestehen müssen, daß er seine werbende Kraft schon in glänzender Weise auch ohnedem bewiesen und eines in bezug auf seine Durchführbarkeit so zweifelhaften Bindemittels nicht mehr bedarf, um die dem Verbands gestellten Aufgaben auch in der Zukunft zur Zufriedenheit seiner Mitglieder lösen zu können. Dagegen sollte bei sachgemäßer und vorurteilsloser Untersuchung kein Zweifel mehr bestehen, daß die Angliederung eines solchen Zweiges mit unseren gewerkschaftlichen Zielen nicht zu vereinbaren ist und nur lähmend auf die Entwicklung und die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaft einwirken dürfte. Es kann leicht eine Ueberlastung eintreten, wenn man des Guten zu viel tun will, und der Verwaltungsapparat würde sich dadurch nur immer komplizierter gestalten. Ein Gewerbeverein soll und kann in Unterstützungs-einrichtungen nur mit den Mitgliedern rechnen; das muß als feststehender Grundsatz gelten. Fürsorge über dieselben hinaus führt uns auf den Weg der reinen Versicherung und zum Bruch mit dem bisher beobachteten Prinzip, die angegliederten Unterstützungs-zweige lediglich als Mittel zum Zwecke zu behandeln. Kranken- und Invalidenunterstützung, die den Mitgliedern direkt zugute kommt, ist ein Bindemittel, Witwenunterstützung eine Fessel, die geeignet ist, in kritischen Zeiten die Existenz des Gewerbevereins in Frage zu stellen. Man ist sich über die Bedeutung dieser Unterstützung und über die von Jahr zu Jahr steigenden, geradezu ungeheueren Lasten, die daraus erwachsen, in den Kreisen der Befürworter derselben eben nicht klar.

Wir haben fast ein Jahrzehnt der Prosperität hinter uns und es wäre dringend zu wünschen, daß eine friedliche und gedeihliche Entwicklung dem Gewerbe auch in der Zukunft noch lange beschieden sein möge; eine Garantie dafür haben wir aber nicht, gibt es doch leider heute schon einen Teil Mitglieder, die in dieser ruhigen Entwicklung eine Gefahr für den Gewerbeverein erblicken und blind darauf hinarbeiten, den sogenannten „Kampfstandpunkt“ wieder zur Geltung zu bringen. Das hindert allerdings oftmals dieselben Kollegen nicht, einer Witwenkasse das Wort zu reden und damit sich kühn über die eigne Logik hinwegzusetzen. Die Organisation darf deshalb die Möglichkeit von Vorankommen nicht außer acht lassen, die eine Schwächung des Verbandes mit sich bringen können. Die vorhandenen Lasten sollen alsdann von weniger Schultern getragen werden. Wie weit dies möglich, muß allerdings der Zukunft vorbehalten bleiben, aber klug ist es und vorsichtig gehandelt, wenn von vornherein mit einer solchen Eventualität gerechnet wird, und dann wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Schaffung einer fortlaufenden Witwenunterstützung den Bruch mit unserm bisherigen Prinzip und die eventuelle Infragestellung der Existenz unsrer Organisation nicht wert ist.

Die Generalversammlung in München sprach den Wunsch aus, der Verbandsvorstand möge eine Grundlage schaffen, wie sich eine fortlaufende Witwenunterstützung nach den Ergebnissen der letzten zehn Jahre gestalten hätte, natürlich ohne einen zu namhaften Beitrag. Da das Material hierzu vorhanden, tragen wir diesem Wunsche Rechnung unter Zugrundelegung einer Beitragserhöhung von 10 Pf. wöchentlich und einer monatlichen Unterstützung von nur 10 Mk. Vorausschieden wollen wir, daß nach der für die Jahre 1903/04 aufgenommenen Statistik von den verstorbenen Mitgliedern zwei Drittel verheiratet waren, ein Resultat, das uns durch Auskünfte von anderen Klassen ebenfalls bestätigt wurde. Fest-

gestellt ist ferner, daß der Abgang von Witwen durch Tod oder Verheiratung ein sehr geringer, kaum 2 1/2 Proz., wir nehmen trotzdem 3 Proz. an. Dann ist noch zu bemerken, daß für die alljährlich

zukommenden Witwen durchschnittlich sechs Monate Unterstützung im laufenden Jahre gerechnet sind; Verwaltungskosten 4 Proz. der Einnahme. — Wir beginnen mit dem Jahre 1895:

Einnahmen:		1895
An Beiträgen:		
17338 Mitgl. 52 Wochen à 10 Pf.	Mk. 90157,60	
„ Zinsen	1925,—	
	Summa Mk. 92082,60	

Ausgaben:		1895
Per Unterstützung:	150 Witw. je 6 Mon.	Mk. 9000,—
„ Verwaltung:	4 Proz. der Einnahme	3600,—
„ Saldobortrag für 1896		79482,60
	Summa Mk. 92082,60	

Zusammen 150 Witwen, Abgang im Laufe des Jahres 3, es verblieben demnach 147.

Einnahmen:		1896
An Saldobortrag von 1895	Mk. 79482,60	
„ Beiträgen:		
18681 Mitglieder	97141,20	
„ Zinsen	3650,—	
	Summa Mk. 180273,80	

Per Unterstützung:	147 Witw. je 12 Mon.	Mk. 17640,—
„ Verwaltung	6 „ „ „ „	8760,—
„ Saldobortrag für 1897		3880,—
	Summa Mk. 149993,80	

Zusammen 293 Witwen, Abgang 8, verblieben 285.

Einnahmen:		1897
An Saldobortrag von 1896	Mk. 149993,80	
„ Beiträgen:		
20140 Mitglieder	104754,—	
„ Zinsen	5220,—	
	Summa Mk. 259967,80	

Per Unterstützung:	285 Witw. je 12 Mon.	Mk. 34200,—
„ Verwaltung	136 „ „ „ „	8160,—
„ Saldobortrag für 1897	6 „ „ „ „	3880,—
	Summa Mk. 213727,80	

Zusammen 421 Witwen, Abgang 13, verblieben 408.

Einnahmen:		1898
An Saldobortrag von 1897	Mk. 213727,80	
„ Beiträgen:		
22188 Mitglieder	115377,60	
„ Zinsen	7675,—	
	Summa Mk. 336780,40	

Per Unterstützung:	408 Witw. je 12 Mon.	Mk. 48960,—
„ Verwaltung	150 „ „ „ „	9000,—
„ Saldobortrag für 1898	6 „ „ „ „	4600,—
	Summa Mk. 274220,40	

Zusammen 558 Witwen, Abgang 16, verblieben 542.

Einnahmen:		1899
An Saldobortrag von 1898	Mk. 274220,40	
„ Beiträgen:		
23741 Mitglieder	123453,20	
„ Zinsen	9500,—	
	Summa Mk. 407173,60	

Per Unterstützung:	542 Witw. je 12 Mon.	Mk. 66020,—
„ Verwaltung	172 „ „ „ „	10320,—
„ Saldobortrag für 1900	6 „ „ „ „	4920,—
	Summa Mk. 325913,60	

Zusammen 714 Witwen, Abgang 21, verblieben 693.

Einnahmen:		1900
An Saldobortrag von 1899	Mk. 325913,60	
„ Beiträgen:		
26104 Mitglieder	135740,80	
„ Zinsen	11500,—	
	Summa Mk. 473154,40	

Per Unterstützung:	693 Witw. je 12 Mon.	Mk. 83160,—
„ Verwaltung	220 „ „ „ „	13200,—
„ Saldobortrag für 1901	6 „ „ „ „	5400,—
	Summa Mk. 371394,40	

Zusammen 913 Witwen, Abgang 27, verblieben 886.

Einnahmen:		1901
An Saldobortrag von 1900	Mk. 371394,40	
„ Beiträgen:		
27258 Mitglieder	141741,20	
„ Zinsen	13000,—	
	Summa Mk. 526135,60	

Per Unterstützung:	886 Witw. je 12 Mon.	Mk. 106320,—
„ Verwaltung	198 „ „ „ „	11880,—
„ Saldobortrag für 1902	6 „ „ „ „	5680,—
	Summa Mk. 402255,60	

Zusammen 1084 Witwen, Abgang 32, verblieben 1052.

Einnahmen:		1902
An Saldobortrag von 1901	Mk. 402255,60	
„ Beiträgen:		
29421 Mitglieder	152989,20	
„ Zinsen	14000,—	
	Summa Mk. 569244,80	

Per Unterstützung:	1052 Witw. je 12 Mon.	Mk. 126240,—
„ Verwaltung	208 „ „ „ „	12480,—
„ Saldobortrag für 1903	6 „ „ „ „	6120,—
	Summa Mk. 424404,80	

Zusammen 1260 Witwen, Abgang 38, verblieben 1222.

Einnahmen:		1903
An Saldobortrag von 1902	Mk. 424404,80	
„ Beiträgen:		
32224 Mitglieder	167564,80	
„ Zinsen	15000,—	
	Summa Mk. 606969,60	

Per Unterstützung:	1222 Witw. je 12 Mon.	Mk. 146640,—
„ Verwaltung	188 „ „ „ „	11280,—
„ Saldobortrag für 1904	6 „ „ „ „	6700,—
	Summa Mk. 442349,60	

Zusammen 1410 Witwen, Abgang 42, verblieben 1368.

Leider ist es nicht möglich, das 10. Jahr, 1904, noch anzugliedern, da die Abrechnungen des vierten Quartals noch ausstehen, mit Sicherheit geht aber aus der Aufstellung für das Jahr 1903 hervor, daß die Einnahmen des Jahres 1904 die Ausgaben nicht mehr oder nur knapp decken werden und trotz des rund eine halbe Million betragenden Vermögens, von dem selbstverständlich nur die Zinsen in Betracht kommen können, macht sich nach zehnjähriger Tätigkeit bei einer Unterstützungsleistung von nur 10 Mk. monatlich bereits eine Beitragserhöhung zur absoluten Notwendigkeit, die auch bei der beträchtlichen Zahl alljährlich neu hinzukommender Witwen nicht zu gering bemessen werden darf, um die Leistungen wenigstens für einige Jahre sicher zu stellen.

Was uns die vergangenen zehn Jahre lehren, trifft selbstverständlich auch im Verhältnisse für die kommenden zehn Jahre zu. Welche enormen Opfer ein solcher Unterstützungs-

zweig durch das starke Anwachsen der Zahl der Witwen erfordert, dafür liefert der „Zentralverband der Deutschen Werkmeister“ den ekklatantesten Beweis. Derselbe besteht seit 1884, hat zwei Jahre Wartezeit, für die vom 1. Januar 1903 ab Beitretenden ist diese Wartezeit von zwei auf fünf Jahre erhöht. Die Unterstützung beginnt erst zwölf Monate nach Eintritt der Witwenchaft und ist für den Bezug folgende Skala zugrunde gelegt: Nach vollendetem

2. Mitgliedsjahre	40 Mk.	14. Mitgliedsjahre	62 Mk.
3. „	40 „	15. „	65 „
4. „	40 „	16. „	69 „
5. „	40 „	17. „	73 „
6. „	42 „	18. „	77 „
7. „	44 „	19. „	81 „
8. „	46 „	20. „	85 „
9. „	48 „	21. „	90 „
10. „	50 „	22. „	95 „
11. „	53 „	23. „	100 „
12. „	56 „	24. „	105 „
13. „	59 „	25. „	110 „

Also 21 verschiedene Unterstützungssätze von 40 Mk. bis zu einer Höchstleistung von 110 Mk. nach 25 jähriger Mitgliedschaft, eine Einrichtung, die sich ein Verband wohl leisten kann, der nur das Versicherungswesen pflegt, aber niemals ein moderner Gewerksverein. Für diese verhältnismäßig doch geringen Leistungen wird ein Beitrag von 50 Pf. monatlich gezahlt und außerdem der Gewinn aus der „Wermeisterzeitung“, der 75 000 Mk. pro Jahr beträgt, hinzugerechnet. Der Mitgliederstand des Deutschen Wermeisterverbandes beträgt gegenwärtig 41 000 und sind jetzt bereits 4300 Witwen vorhanden. Der Zuwachs an Witwen beläuft sich jährlich auf 380 bis 400. Durch Tod und Wiederverheiratung gehen jährlich 120 bis 140 ab, so daß also eine Nettozunahme von 260 bis 280 verbleibt, für welche sich die Unterstützungssumme, welche im letztverfloffenen Jahre bei diesen geringen Leistungen bereits 170 000 Mk. betrug, alljährlich erhöht. — Bei einer gleichmäßigen Unterstützung von 10 Mk. monatlich würde die Ausgabe für 4300 Witwen eine Summe von 516 000 Mk. erfordern.

Da bei Angliederung einer solchen Unterstützung an unsere Organisation eine Leistung von 10 Mk. monatlich doch das Mindeste sein soll, so ist sicher, daß neben einer fünfjährigen Karenz, die für unsere alten bewährten Mitglieder als bittere Last empfunden würde, ein vorläufiger Beitrag von 20 Pf. wöchentlich notwendig ist, um für absehbare Zeit wenigstens eine Sicherung der Leistungen zu schaffen.

Die Witwenunterstützung ist sehr eigenartiger Natur und ist mit der dauernden Unterstützung bei Invalidität trotz der Verschiedenheit der Leistungen in keiner Weise in Vergleich zu stellen. Während man bei dieser im allgemeinen mit Kollegen, die durch Alter, Krankheit, Unfall usw. ihre besten Lebenskräfte verbraucht haben, ihrem Leben also eine absehbare Grenze gesteckt ist, zu rechnen hat, erhalten wir bei ersterer eine Menschenklasse auf den Unterstützungssatzen, die überwiegend gesund und meist in den besten Lebensjahren steht und, wie jeherzeit bewiesen werden kann, jahrzehntelang im Genuße der Unterstützung bleibt. Die statistischen Erhebungen im Jahre 1903 haben ergeben, daß in demselben im ganzen 282 Mitglieder gestorben sind, von denen 188 Witwen hinterließen; von diesen stellt bei acht die Altersangabe, verbleiben 180; davon befanden sich

im Alter von 20 bis 30 Jahren	33,
„ „ „ 30 „ 40 „	65,
„ „ „ 40 „ 50 „	45,
„ „ „ 50 „ 60 „	19,
„ „ „ 60 „ 70 „	14,
über 70	4.

Diese Feststellung spricht deutlich! Die Sterblichkeit unter den Witwen ist ganz naturgemäß sehr gering und kurze Bezugsdauern gehören daher zu den größten Seltenheiten, während bestehende Klassen Bezugsdauern von 30 bis 50 Jahren sehr häufig aufweisen, woraus sich auch die ungeheure Steigerung in der Zahl der Witwen erklärt, weshalb auch ein Ausgleich zwischen Zu- und Abgang sehr schwer zu erreichen ist. Bei unserer Organisation mit ihren 40 000 Mitgliedern würde derselbe erst nach dem Vorhandensein von 6000 bis 7000 Witwen erreicht werden, die eine Jahresausgabe für Unterstützung und Verwaltung von mehr als 750 000 Mk. erfordern würden.

Wir wollen noch auf die Erfahrungen mit der Witwenunterstützung unserer österreichischen Brudervereine verweisen, bei denen dieselbe eine obligatorische Einrichtung ist. Im böhmischen Vereine handelte es sich in seiner Generalversammlung am 6. November 1904 auch um die Weiterführung dieser Unterstützung. Dieselbe besteht bereits 40 Jahre. Hofer, der Vertreter des österreichischen Verbandsvorstandes, konstatiert hierbei, „daß sich die Zahl der Witwen im Verhältnisse zum Wachstum des Vereins enorm vermehrt haben, und die Ausgaben in den letzten drei Jahren sich verdreifacht haben und alle Ursache vorhanden sei, darüber

nachzudenken, ob sie auf irgend eine Weise diese Klasse nicht sanieren sollen. Um dazu Zeit zu gewinnen, hat der Verbandstag die dreijährige Frist festgesetzt. In Wien wären während der letzten zehn Jahre 300 Witwen zugewachsen und davon eine einzige in Abgang gekommen.“ Ein anderer Kronlandsverein mußte den Zuschuß für seine erkrankten Mitglieder aufheben, um die eingegangenen Verpflichtungen den Witwen gegenüber nachkommen zu können, ein Vorgang, der in der Gewerkschaftsbewegung wohl einzig dastehen dürfte“. Die österreichische Verbandsleitung läßt sich denn auch über diesen Vorgang wie folgt aus: „Der Prager Verbandstag beschloß bereits, daß die einzelnen Vereine über die bereits bestehenden Unterstützungen nicht hinausgehen sollen. Beachtet wurde der Beschluß nicht. Ganz ruhig wurde die dauernde Witwenunterstützung in einem Vereine eingeführt. Dafür wurde im heurigen Jahre in demselben Vereine der Zuschuß zur Krankenunterstützung aufgehoben, weil es den Verein zu sehr belastet. Die dauernde Witwenunterstützung, die unhaltbarste aller Unterstützungen, wird beibehalten. Was wird man tun, wenn bei der Witwenunterstützung der Wechsel eingelöst werden soll? Denn darüber, daß unsere Vereine nicht in der Lage sind, eine solche Unterstützung auf die Dauer zu leisten, kann kein Zweifel bestehen. Daß die Mitglieder eine solche Unterstützung wünschen, ist menschlich begreiflich, daß aber Funktionäre mit Rücksicht auf die unerschwinglichen Lasten sich einem solchen Ansinnen, durch das der Bestand des Vereins gefährdet wird, nicht widersetzen und sich ruhig in einer Frage führen lassen, wo sie zu führen und zu leiten berufen sind, ist unsäglich. Die Geschichte mit der dauernden Witwenunterstützung geht eben so lange, als selbe nur in einen sehr geringen Maße in Anspruch genommen wird. Tritt nun die unausbleiblich höhere Inanspruchnahme ein, dann muß unvermeidlich der Zusammenbruch erfolgen. Wenn jemand sagt, die dauernde Witwenunterstützung sei haltbar, so täuscht er sich und andere.“

Dem Bestreben gegenüber, von Verbands wegen allgemein eine dauernde Witwenunterstützung einzuführen, ist außerdem nachstehende, anscheinend offizielle Äußerung der Redaktion des „Vorwärts“ noch recht bemerkenswert:

„Als vollkommen ausgeschlossen muß die Einführung der dauernden Witwenunterstützung gelten. Das wäre ein sehr gefährliches Experiment, das sehr traurig enden müßte, was ja das Schicksal der „Wzajemna pomoc“ beweist. Diesen Verein hat die dauernde Witwenunterstützung im Zeitraume von sechs Jahren tatsächlich umgebracht. Bei seiner Auflösung hatte er 25 Proz. Witwen und wenn mit der Auflösung noch länger gezögert worden wäre, hätte sich der Prozentsatz der zu unterstützenden Witwen noch erhöht. Ganz dasselbe Verhältnis müßte sich naturgemäß bei jedem andern Vereine mit der Zeit herausstellen. Man beachte folgendes: Erfahrungsgemäß kommen etwa 3 Proz. der Mitglieder in den Genuß der Invalidenunterstützung, während 97 Proz. der Mitglieder früher sterben, wovon sicherlich die Hälfte Witwen hinterlassen. Und nun mache man sich eine Vorstellung über die Lasten, die nach einer Reihe von Jahren aus der dauernden Witwenunterstützung resultieren müßten. Man kann eben nicht alles im Rahmen unserer Vereine durchführen; dazu gehören Mittel, die Arbeiter nicht aufzubringen vermögen. Alle Lasten, die Staat und Gemeinden zu tragen die moralische Pflicht haben, können wir nicht übernehmen und haben auch keine Ursache dazu. 20 und mehr Prozent Witwen — mit einem solchen Prozentsatz muß mindestens gerechnet werden — selbst mit den geringfügigen Beträgen, wie sie einzelne Vereine gewähren, und die zum Sterben gerade hinreichen, dauernd zu unterstützen, ist einfach unmöglich. Die Einführung der dauernden Witwenunterstützung ist ein Experiment, das sich von selbst verbietet.“

Das sind Urteile der Vertretung einer Organi-

ation, die sich in der Pflege der Unterstützungs-einrichtungen bisher nicht genug leisten konnte; heute sieht man, hoffentlich nicht zu spät, auf welche schiefse Ebene man geraten. Man denkt noch an Sanierung. Hier gibt es aber nur ein Heilmittel: Abschaffung der dauernden Witwenunterstützung! Am Grabe derselben werden natürlich diejenigen Kollegen enttäuscht und trauernd stehen, die die meisten Opfer gebracht, die Jahrzehnte gesteuert in der Hoffnung, im gegebenen Falle auch ihrer Witwe einen Notgroßen gesichert zu haben. Vor einer solchen Enttäuschung müssen die Mitglieder unserer Organisation unter allen Umständen bewahrt bleiben! Alles muß daran gesetzt werden, die Einführung einer dauernden Witwenunterstützung hintanzuhalten, um nicht den Verband durch die Sorge für die Aufrechterhaltung derselben mit der Zeit von seinen gewerkschaftlichen Aufgaben abzudrängen.

Erstaunliche Dinge sind bereits in den bisher erschienenen Artikeln im „Corr.“ zur Empfehlung dieser Unterstützung zu lesen gewesen, selbst unsern alten Härtel gönnt man darin nicht die Ruhe: ihn, dem schärfsten Gegner derselben im Interesse der Organisation, soll sie zum bleibenden Gedächtnisse geschaffen werden! Es erübrigt sich, hier näher darauf einzugehen, wenn man aber Äußerungen wie die folgende liest:

„Sollten lebige Kollegen auf Freierrücken gehen, so ist ein Hinweis gerade auf diesen Unterstützungs-zweig des Verbandes wohl dazu angetan, manchem Vater und Mutter ein freudiges Ja zu einer Verbindung ihrer Töchter mit einem Jünger der schwarzen Kunst zu entlocken“ (f. Corr. Nr. 126, München. A. B.),

so hört eine ernste Diskussion überhaupt auf. Solche Ausführungen würden wohl bei den Lesern des „Militär-Wochenblattes“ oder bei den Hebammen das nötige Verständnis finden; eine nach ersten Zielen ringende Arbeiterorganisation hat aber nicht das geringste Interesse, den „Heiratsvermittler“ zu spielen, im Gegenteil vor den vielen, oftmals allzu frühen Heiraten zu warnen, denn die Erfahrung lehrt uns, daß gerade die jungen Männer, die den Keim einer Berufs-kantheit bereits in sich tragen, am meisten zur Heirat neigen und dadurch ihr Leben gewaltsam verkürzen. Hinzu kommt noch, daß unsere moderne Betriebs- und Arbeitsweise immer mehr Blut und Nerven in verhältnismäßig kurzer Zeit verbraucht, so daß auch dadurch die Aussichten für eine Witwenkasse ungünstig beeinflusst werden. Leider fällt es heutzutage selbst dem kränksten Manne nicht schwer, eine Frau zu finden, und dann sollen beim frühzeitigen Tode des Betreffenden die übrigen Kollegen die Konsequenzen tragen.

Man schreibt viel von dem agitatorischen Werte der Witwenunterstützung; das Gegenteil ist zu befürchten. Die erforderliche Höhe des Beitrages für dieselbe muß auf die jüngere Generation in unserm Berufe unbedingt abschreckend wirken; die Verbandsfunktionäre haben schon wiederholt die Höhe des gegenwärtigen Beitrages als erschwerend für die Gewinnung neuer Mitglieder bezeichnet. Eine gewerkschaftliche Organisation darf sich aber aus Selbsterhaltungstrieb den Zugang der jungen Berufsgenossen durch opferreiche Versicherungszweige, für die sie absolut noch gar kein Interesse haben, nicht untergraben. Auf der Jugend beruht die Entwicklung und Zukunft der Organisation, für deren Gewinnung muß alles eingesetzt werden und daher ein Zwang zu Leistungen unterbleiben, deren Notwendigkeit ihnen nicht einleuchtend ist. Man betrachte die Situation nicht allein von großstädtischen Gesichtspunkten, die Existenzbedingungen der überwiegend meisten kleinen und kleinsten Städte haben sich durch die rapide Vermehrung und Verbesserung der Verkehrsmittel nicht unbedeutend verteuert, die Bühne aber damit nicht Schritt gehalten. Da ist es denn doch ganz natürlich, daß in jenen Kollegentreifen jede neue Belastung doppelt schwer empfunden wird. Es darf auch nicht vergessen werden, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß infolge der rapiden Vermehrung unserer Invaliden spätestens auf der über-

nächsten Generalversammlung dieserhalb unbedingt eine Erhöhung des Beitrages Platz greifen muß.

Es ist ferner zu beachten, daß dem Bundesrate bereits eine Vorlage für eine zu schaffende Witwen- und Waisenversorgung von Reichs wegen zugegangen sein soll, die Beratung hierüber müßte mindestens erst abgewartet werden, und dürften daher die Mitglieder wie die nächste Generalversammlung gut tun, auf ein so gewagtes Unternehmen, wie es eine dauernde Witwenunterstützung nun einmal ist, nicht einzugehen. Als sicher kann aber angenommen werden, daß der Vorstand gegen eine mäßige Erhöhung des Beitrages zu einer stufenmäßigen Erhöhung des Sterbegeldes je nach der Dauer der Mitgliedschaft die Hand bieten dürfte. Hieran haben auch unverheiratete und verwitwete Kollegen das gleiche Interesse. Es wird damit erreicht, daß nicht allein den Witwen der Uebergang in ihre neuen Verhältnisse erleichtert, sondern auch solchen Familienmitgliedern, die abhängig von Verstorbenen waren, wie Vater, Mutter, Geschwister, Kinder von verwitweten gewesenen Kollegen usw., die gleiche Hilfe zuteil wird, also gleiches Recht für alle!

Vorstehende Darlegungen wollen die Kollegenkreise nicht etwa von dem Standpunkte absoluter Gegnerschaft oder mangelnden Mitgefühl für die Notlage einer Anzahl Wittwen betrachten, sondern lediglich als Ausfluß des aufrichtigsten Interesses für die Wohlfahrt unserer Organisation, deren Entwicklung nicht durch Verquickung mit Einrichtungen gehemmt oder gefährdet werden darf, die mit den Bestrebungen und Zielen einer Gewerkschaft nichts zu tun haben, ihr aber die gefährlichsten Verlegenheiten bereiten können.

Berlin.

G. E.

Aus dem Auslande.

Aus Frankreich. Am 17. Dezember hatte sich das Zentralkomitee des französischen Bucharbeiterverbandes zu seiner gewöhnlichen Sitzung versammelt. Inmitten der Beratungen traten plötzlich die Mitglieder der Kontrollkommission sowie sämtliche Vorstandsmitglieder der einundzwanzigsten Sektion (Paris) in den Saal; der Kollege Clavel richtete schwingvolle Worte an Reüfer, ihn daran erinnernd, daß er heute sein zwanzigjähriges Jubiläum als Generalsekretär des Verbandes feiere, und der Kollege Burtin überreichte dem Leberrajsten eine Topfplanze. In seiner Antwort versprach der Jubilar, sein ganzes Sein zum Besten seiner Kollegen ein zu legen.

Das Vereinsblatt des Verbandes (vom 1. Januar) bringt eine Uebersetzung der vom deutschen Tarifamate an den Reichstag gerichteten Petition. Reüfer erklärt sich als überzeugten Anhänger der darin ausgedrückten Ideen, wünscht, daß die französischen Prinzipale und Arbeiter den gleichen Weg beschreiten möchten, sähe es jedoch nicht gern, daß auf gleichem Wege diese Einrichtungen (Tarifschiedsgerichte usw.) eingeführt würden.

Zu Berichtsmonte wurden zwei Dichter mit Preisen bedacht: Leon Frapic, ein Romanschriftsteller, erhielt von der Pariser Akademie Goncourt 5000 Fr.; der bekannte provençalische Dichter Frederi Mistral teilt sich mit dem Spanier José Echegaray in den 140858 dänische Kronen betragenden Nobelpreis. Von Mistral erschienen Uebersetzungen in Hendels Bibliothek und bei Trübner in Straßburg.

Mehrere Kammerabgeordnete haben die Regierung ersucht, im Jahre 1909 in Paris eine internationale Ausstellung des Arbeiterlebens abhalten zu wollen.

Das „Bulletin de l'Office du travail“ berichtet über die Lage des Buchgewerbes während des Monats Oktober. In der Provinz wurden 7,3 Proz., in Paris 6,9 Proz. Arbeitslose gezählt. Einige Städte waren besonders schwer heimgesucht; so hatte Marfelle 25, Montpeller 45, Châteauroux 26, Rouen 10, Bordeaux 10 und Angoulême 14 Proz. Nichtbeschäftigte. In Paris war eine kleine Besserung zu verzeichnen: es wurden — bei rund 3500 Verbändlern — 350 Fernernde (gegen 450 im September) gezählt.

Das Zentralkomitee warnt alle Maschinenheer vor einer Beteiligung an dem von Walter Behrens, dem Pariser Vertreter der Linotypegesellschaft, veranstalteten Wettessen. Der Pariser Secherverein schließt jeden daran Teilnehmenden aus.

Die Mitglieder in Dijon haben eine Subskribentenliste gegründet. Den Veteranen werden jährlich 360 Fr. in Monatsraten zu 30 Fr. ausgezahlt.

Ein Ausstand in Epervay in der Druckerlei des „Réveil de la Marne“ endete für die Beteiligten unglücklich. Das Blatt gehört dem Justizminister Ballé, einem radikalen Sozialisten, und dem sozialistischen Bürgermeister Coulaud von Magenta, denen es unmöglich war, die verlangte Lohnerhöhung von 40 Pf. pro Tag zu bewilligen,

wodurch die unglaublich niedrige Bezahlung ein wenig aufgebeßert werden sollte. Das Zentralkomitee warnt die Arbeiter vor einer solchen Sorte von Politikern, die ihre Taten nicht in Uebereinstimmung mit den von ihnen gepredigten Prinzipien setzen.

In zwölf langen Sitzungen, vom 14. bis zum 26. November, beschäftigte sich der Hohe Arbeitsrat, zu dessen Vizepräsidenten Auguste Keüfer mit 56 Stimmen (bei 57 Abstimmenden) wiedergewählt wurde, mit der einzigen Frage, ob es möglich sei, den arbeitenden Volke einen Rufetag in der Woche zu gewähren. Mit 30 gegen eine Stimme bei 17 Enthaltungen wurde beschlossen, daß das Gesetz eintreten müsse, um einen Rufetag zu sichern. Dazu wurde mit 38 Stimmen der Sonntag bestimmt.

Aus Belgien. Die „Fédération typographique belge“ vom 15. Dezember bringt den Bericht über die am 13. November stattgehabte Versammlung des Verbandes, auf der die Mitgliedschaft Gent einstimmig ausgeschlossen wurde. Ferner wurde gleichfalls einstimmig beschlossen, bis zum nächsten Kongresse das välmische Organ zweimal im Monate herauszugeben. (Die Nachricht in Nr. 101 der „Buchdrucker-Woche“: „Die Generalversammlung hat beschlossen, das Blatt nur noch monatlich herauszugeben“, ist also falsch.) — Im Laufe des Dezember wurden die einzelnen Mitgliedschaften des Syndrikates für die Provinz Brabant zu einer Sitzung eingeladen, die sich mit den Arbeitsnachweisen beschäftigte. Die 21. Sektion (Buchgewerbe) sprach sich einstimmig günstig für deren Errichtung aus, „unter der Bedingung, daß man das in Deutschland übliche System der Parität einführe“. — Der Gemeinderat von Lüttich hat von den Teilnehmern an kommunalen Arbeiten die Bewilligung des Lohnminimums verlangt; die Buchdrucker erhalten pro Stunde 45 Centimes. — Vom neuen Jahre ab erscheinen die Brüsseler „Annales de l'Impimerie“ in vergrößertem Formate; Textschrift, Sapanordnung und Papier sind zu ihrem noch größeren Vorteile geändert worden.

Romanische Schweiz. In der Nummer vom 20. Dezember nimmt die seit zehn Jahren im Kanton Neuchâtel ihres Amtes waltende Redaktionskommission des „Gutenberg“ Abschied von ihren Lesern. — Die Nummer vom 1. Januar verläßt in neuem, aber nicht so elegantem Gewande wie bisher die Druckerei von G. Amador in Lausanne, Rue des Deux-Marchés; Kollege E. Arnold zeichnet als Redakteur. In dieser Nummer verabschiedet sich das Lausanner Zentralkomitee von den Mitgliedern; sein Sitz befindet sich jetzt in Genf: Henri Graf ist der Präsident der Fédération des Typographes de la Suisse romande. Die neue Redaktion entwickelt auf drei Spalten ihr Programm.

Ov.

Korrespondenzen.

Berlin. Der Verein Berliner Korrektoren hielt am 15. Januar seine Ordentliche Hauptversammlung ab, in der der Vorstand für 1905 gewählt wurde. Kollege Albrecht lehnte eine Wiederwahl als Vorsitzender ab, da er durch sein neues Amt im Gewerkschaftsamt sehr in Anspruch genommen sei, doch wird er die auswärtige Korrespondenz für die Zentralkommission bis zum Korrektorentage weiterführen (Adresse: Berlin W, Neue Winterfeldtstraße 3). Der neue Vorsitzende G. Kusbeth wohnt Berlin SW, Ludenwalderstraße 15, der Kassierer Alwin Weuermann Berlin S, Kottbusser Damm 20. Die Hauptdiskussion des Abends drehte sich um unsere Stellungnahme zur bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes, wie die Interessen der Korrektoren dort am besten zur Geltung gebracht werden könnten, dahingehend, daß uns der Verband dazu versehen möge, auch für das Arbeitsverhältnis des Korrektors tarifliche Festlegungen zur Durchführung zu bringen. Zur Formulierung unserer Anträge werden wir am 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, eine außerordentliche Versammlung im „Birgerkasino“, Alte Jakobstraße 64, abhalten, zu der wir auf Anwesenheit von Mitgliedern des Verbandes und Gewerkschafts sowie des Gefilfenverreters rechnen. Wir laden hiermit auch die unsrem Vereine noch fernstehenden Korrektoren ein, als Gäste an dieser Aussprache teilzunehmen, damit wir durch die Dresdener Generalversammlung und die im nächsten Jahre folgenden Tarifverhandlungen wirklich etwas Positives erzielen.

Ringen. Hier ist am 1. Januar auch die letzte Druckerei (B. Pelarek) tarifarren geworden. Der Tarif ist endlich durch unermüdbare Agitation zum Siege gelangt. Frankfurt a. M. (Maschinenmeisterverein Frankfurt-Ostend a. M.) Der am 8. Januar angelegte Vortrag über Farbentunde vom Kollegen Hofmann-Ostend, Leiter des Farbmischkurses, welcher im Vereinslokale „Kempff-Brau“ stattfand, war trotz der Wichtigkeit der Sache nur sehr schwach besucht. Es wäre zu wünschen, den Vorteilen gegenüber, welche die Mitglieder geboten bekämen, daß dieselben sich für die Zukunft zahlreicher zusammenfinden möchten. Der überaus interessante Vortrag des Kollegen Hofmann fand alleseitig volle Anerkennung, auch ließ sich derselbe nicht die Mühe ersparen, den Mitgliedern mehrere Farberperimente sowie Farbenmischungen vorzuführen. Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußte derselbe seinen lehrreichen Vortrag bis zur nächsten Kurstunde verlegen, welche am 22. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Vereinslokale mit anschließender Generalversammlung stattfindet. Anmeldungen zur Be-

teiligung an dem Winterkurse werden dajelbst noch entgegen genommen.

-k. Köln. Der hiesige Maschinenmeisterverein hielt am 15. Januar seine diesjährige Generalversammlung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war, Beschluß zu fassen über den vom Nachener Maschinenmeisterverein angeregten rheinisch-westfälischen Maschinenmeistertag. Aus diesem Anlasse war auch der Vorsitzende des Nachener Vereins, Kollege Koch, erschienen. In seinen längeren Ausführungen, denen die Versammlung mit größtem Interesse folgte, wußte er die Anwesenden von der Notwendigkeit eines rheinisch-westfälischen Maschinenmeistertages zu überzeugen. Durch Umfrage und Abstimmung, welche der Nachener Verein unter den Vereinen im Gau Rheinland-Westfalen vorgenommen, haben sich mit Ausnahme von Viefels alle für den Maschinenmeistertag ausgesprochen und als Ort der Tagung Köln bestimmt. Der Kölner Verein hat nun beschlossen, mit Rücksicht auf den zu Ostern stattfindenden Gantag den Maschinenmeistertag zu Pfingsten 1905 abzuhalten. Der Verein ist bereits in die Vorbereitungen für den Maschinenmeistertag eingetreten, und wird das Nähere den Brudervereinen in den nächsten Tagen per Zirkular zugehen. Wir hoffen, daß der gute Versammlungsbesuch, wie er bei der Generalversammlung zu verzeichnen war, auch fernerhin anhält, und daß sich die dem Vereine noch fernstehenden Kollegen bald anschließen.

Wissa i. P. Die hiesigen Mitglieder hegen schon seit langer Zeit den Wunsch, da die Mitgliederzahl erfreulicherweise eine beständige ist, einen Ortsverein ins Leben zu rufen. Am 17. Dezember v. J. ging dieser lang-ersehnte Wunsch in Erfüllung und wurde unter dem Namen „Ortsverein Wissa i. P.“ durch unsern Gewerkschaftler die Gründung vollzogen. Am 7. Januar wurde das Statut angenommen und der Vorstand gewählt. (Siehe unter Verbandsnachrichten.) Möge dem jungen Ortsvereine eine lange Dauer beschieden sein!

Schwab.-Hall. Unsere Mitgliedschaft, die sonst in bescheidener Zurückgezogenheit ihres Daseins sich freut, hat infolge der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung wieder einmal Anlaß, die Spalten des „Corr.“ in Anspruch zu nehmen. Zwar herrscht innerhalb unsrer Mitgliedschaft ein eifriges und rühiges Leben und in ihrem monatlich im Durchschnitt einmal stattfindenden Versammlungen werden die die große Buchdruckerfamilie beschäftigenden Fragen ebenso eifrig, ja hinsichtlich des Besuches der Versammlungen wohl noch eifriger als in mancher größeren Mitgliedschaft behandelt. Aber die Lage der Stadt Hall und die Stagnation in bezug auf gewerbliches und industrielles Leben bringt es mit sich, daß unsere Reihen sich nicht ver stärken können, und unsre Mitgliederzahl auch im abgelaufenen Jahre wieder die gleiche wie im Vorjahre geblieben ist. Immerhin darf es als sehr erfreulich bezeichnet werden, und es erfüllt uns auch mit lebhafter Begeisterung, daß alle hiesigen Buchdrucker dem Verbandsangehören. Auch in tariflicher Hinsicht hat uns das abgelaufene Jahr einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt dadurch gebracht, daß die letzte Druckerei, die den Tarif noch nicht anerkannt hatte, in die Reihen der tariftreuen Druckereien eingetreten ist. Dazu hat freilich der bekannte Erlaß des württembergischen Ministeriums, wodurch die staatlichen Behörden verpflichtet werden, ihren Bedarf an Druckerarbeiten nur in tariftreuen Druckereien zu decken, das Ihrige beigetragen. Das Verhältnis zur Prinzipalität ist in jeder Beziehung befriedigend, was nicht zum wenigsten auf die geregelten tariflichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Die Kasse zeigt trotz der mehrfachen im Laufe des Jahres an sie herangetretenen Verpflichtungen einen erfreulichen Stand. Und auch unsre lokale Biatiumskasse, die zur Unterstützung nichtbeglückberechtigter oder ausgeteuerter Durchreisender dient, hat gut abgeschlossen. Durch die Wiederwahl sämtlicher Vereinsfunktionäre wurde diesen neben dem Danke für ihr fetteriges Wirken auch das Vertrauen für die Zukunft ausgedrückt. Nur bezüglich des Hefteserverwalters mußte, da Kollege Ulrich wegen anderweitiger starker Inanspruchnahme eine Wiederwahl ablehnte, eine Veränderung getroffen werden. An seine Stelle wurde Kollege Gmele gewählt.

Schwelm. Der hiesige Ortsverein hielt am 7. Januar seine Ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist folgendes zu erwähnen: Die Mitgliederzahl ist im allgemeinen unverändert geblieben und betrug am Jahreschlusse 10. Unsere Hoffnung, im abgelaufenen Jahre dem Tarife am Orte weitem Eingang zu verschaffen, hat sich leider nicht erfüllt. Es kommt hauptsächlich die Druckerei Meister (freisinniges „Saw. Tageblatt“) in Betracht. Leider mußten wir mehrfach die Erfahrung machen, daß trotz der ständigen Warnung des Zentralvorstandes sich immer noch Verbandsmitglieder verleiteten lassen, in dieser Druckerei Konditionen anzunehmen und teilweise erst durch die energische Anbrohung des Ausschusses die Betreffenden zu veranlassen waren, sich auf ihre Pflicht zu besinnen. Erwähnt sei noch, daß sich, hauptsächlich durch die Bemühung unsers Ortsvereins, das hiesige Gewerkschaftstatut, welches völlig eingeschlafen war, wieder konstituiert hat und jetzt bei den hiesigen Gewerkschaften ein reges Interesse findet. Zurzeit sind acht Gewerkschaften eingeschlossen.

Verdan. Es ist nicht des Unterfertigten Sache, über jede Kleinigkeit, die sich innerhalb der hiesigen Mitgliedschaft ereignet, den „Corr.“ in Anspruch zu nehmen und Bericht zu erstatten, wichtige Angelegenheiten natürlich ausgenommen. Sonst geschieht die Berichterstattung am Schlusse des Vierteljahres und das genügt. Deshomeyr

war es zu verwundern, daß nun in Nr. 5 des „Corr.“ ein kurzer Bericht über den letzten Familienabend enthalten war, bevor der Jahresbericht erschienen ist. Mit diesem Berichte hatte es aber noch eine andre Bewandnis, der jedoch die Redaktion des „Corr.“ die Spitze nahm, und so wurde aus dem „gewollten Saulus“ ein „ungezogener Paulus“. Da ging wieder einmal die Weisheit mit dem betreffenden Berichterstatter durch. Doch zurück zu dem, was ich berichten will. Am 7. Januar hielt die diesjährige Mitgliedschaft ihre gut besuchte Ordentliche Generalversammlung ab. Es fehlte im verflossenen Jahre durchaus nicht an Anregungen, und wurde dabei mancher, wenn auch nur kleiner Vorteil errungen. Der Besuch der Versammlungen kann durchweg als ein zufriedenstellender bezeichnet werden, trotzdem es noch mancher Kollege vorschlägt, den Versammlungen überhaupt fern zu bleiben. Am Ende des Jahres 1904 waren 28 Mitglieder vorhanden, die Höchstzahl im ganzen Jahre. Der Gedanke, eine Gesangsabteilung ins Leben zu rufen, fiel ins Wasser, wegen Mangel an Moneten. Für die Ermittlung der Exaktbeitragsausstattung wurden bis zu deren Beendigung noch freiwillige Beiträge erhoben. Die Allgemeinen Buchdrucker-Versammlungen am 26. Juni und ersten Advents-sonntage in Juidau waren von mehreren Kollegen besucht. Die letztere fand allerdings zu einem gerade nicht geeigneten Zeitpunkt statt, deshalb auch der schwache Besuch aus den Provinzstädten. Die Maschinenmeister- und Maschinenexpertenfeste in Chemnitz besuchten drei Kollegen. Den Mittelpunkt der stattgefundenen Festlichkeiten bildete diesmal die Johannisfeier, an der auch der stellvertretende Gaworscher Eisenpflaster-Chemnitz sowie Juidauer Kollegen teilnahmen. Das Kaffeewesen wurde gut verwaltet und betrug die Gesamteinnahme 213,71 Mk., die Gesamtausgabe 183,18 Mk., so daß am Schlusse des Jahres 1904 ein Kassenbestand von 30,53 Mark verblieb. Der „Corr.“ wurde in 14 Exemplaren bezogen. Von jetzt ab liegt wieder ein „Corr.“ im Restaurant „Garfische“ (Herberge für Durchreisende), Ecke der Juidauer und Wilhelmstraße, regelmäßig aus, was durchreisende Kollegen beachten wollen. In der eingangs erwähnten Generalversammlung wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt, neugewählt Kollege Albert Böske als Bibliothekar. Der gemeinschaftliche Verkehr unter den Kollegen war im verflossenen Jahre ein guter, hoffentlich wird dies auch weiter so bleiben. Joh. Herz, Vorsitzender.

-f. **Wittenberge.** Am 28. Februar 1904 wurde von fast sämtlichen hiesigen Kollegen der „Kreisverein Wittenberge“ gegründet. Man braucht es nur aber als kein Zeichen eines Rückschlusses anzusehen, wenn durch Abreise wie durch Austritt zweier Mitglieder die Zahl der Verbändler am Orte zurückgegangen ist; zeugt es doch von einem gesunden Streben im Vereine, daß unter weiterer Erhöhung des Beitrages der „Corr.“ obligatorisch (für je zwei Mitglieder ein Exemplar) eingeführt wird, und die monatlichen Versammlungen fast immer sämtliche Mitglieder trotz zur Erledigung ihrer Verbandsangelegenheiten vereinen.

Wilhelmsburg (Ebe). Die wegen Einführung des Tarifies in der Kämmerer'schen Buchdruckerei in den Ausstand getretenen sieben Verbandsmitglieder sind bis auf eines bereits wieder untergebracht und können von ihren neuen Konditionen aus mit Ruhe den Gang der Bewegung verfolgen. Kämmerer hat sein Personal der Kaufpreiser wiederum um zwei Mann vermehren können, von denen der eine aus Eberswalde, der andre aus Verden (Aller) herbeigekleidet sein soll, den in Wilhelmsburg um ihr gutes tarifliches Recht kämpfenden in den Rücken zu fallen. An die Stelle der Ausgetretenen sind bislang getreten zwei bisher im Kontor beschäftigt gewesene „Kaufleute“ (davon einer stiegender Buchhändler am Wilhelmsburger Bahnhofe), der neue Redakteur, der Faktor, welcher im Nebenamt das Einlegen usw. besorgen soll, und die beiden zuletzt eingestellten Setzer. Traurig ist auch in diesem Falle, daß sich immer wieder Gehilfen finden, die den sich mit Hand und Fuß gegen Tarif und Ordnung im Gewerbe hemmenden Prinzipalen Handlangerdienste leisten und vielleicht unter dem Gesichtspunkte einer versprochenen „dauernden“ Kondition zu Handlungen hergeben, von denen jeder tarifstreue Geselle sich mit Abscheu wendet. In der Wilhelmsburger Bewegung dürfte aber noch lange nicht das letzte Wort gesprochen sein, da auch die dortige Arbeiterschaft in erhöhtem Maße ihr Augenmerk auf Herrn Kämmerer und seine Getreuen richten wird.

Hundschar.

Von der Handelskammer Saarbrücken geht uns folgende Berichtigung zu: „Die in Nr. 5 vom 14. Januar d. J. enthaltene Mitteilung über eine angebliche Bekanntmachung der Handelskammer Saarbrücken in Ihrem Organe entspricht der Wahrheit nicht. Eine derartige oder ähnliche Bekanntmachung ist niemals von der Handelskammer veröffentlicht worden.“ — Wir bemerken dazu, daß es sich hierbei lediglich um einen Druckfehler handelt, und zwar eines recht hartnäckigen, der nicht nur im „Corr.“ schon oft sein Alotria getrieben hat. Statt Handelskammer ist nämlich Handwerkskammer zu lesen. Zu unserer Notiz in Nr. 6, betreffend die Auflösung der Messingdrucker-Vereinigung Edm. Koch & Co. in Magdeburg wird uns ergänzend mitgeteilt, daß es sich um keine Auflösung handelt; der Weiterbetrieb erfolgt vielmehr unter der neuen Firma Magdeburger Grab-

anstalt, G. m. b. H. Das von früheren Angestellten von Edm. Koch & Co. errichtete Unternehmen firmiert dagegen Dornemann & Co.

Konturseröffnung: Kommanditgesellschaft für Kartonnagenfabrikation und Buchdruckerei in Dresden.

Die Vergebung amtlicher Druckerarbeiten ausschließlich an Tarifdruckereien forderte auch die Gehilfschaft Rudolfsstadt von dem dortigen Magistrat. Von dieser Stelle ist nun der Beisitz eingegangen, daß nach Möglichkeit die dortigen tarifstreuen Druckereien berücksichtigt werden sollen, eine bindende Verpflichtung müsse aber abgelehnt werden. Die einschränkende Bemerkung „nach Möglichkeit“ ist uns unverständlich, da doch die Leistungsfähigkeiten der Druckereien in Rudolfsstadt sich im Tarifvergleich befinden.

Non plus ultra! In Nr. 5 des „Corr.“ erlaubten wir uns in deutungsreicher Weise unsere Meinung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß es vom menschlichen Standpunkte zu bedauern, von sachlichen aber direkt zu verwerfen ist, in welcher Weise befähigte und arbeitsfreudige Kollegen mit Vemtern be- und überladen sind. Statt nun darüber nachzudenken, wie diesem Uebelstand, der in der Arbeiterbewegung schon in bedenklichem Grade ausgewachsen ist, zu steuern, hat man in den verschiedenen Orten eine ganz falsche Auffassung von dieser Notiz bekommen und bewegt sich nun in total verkehrter Richtung, indem man uns eifertig berichtet, daß der in Nr. 5 gemeinte Bamberger Kollege noch ein Waisenknabe ist gegen den älteren- und würdevollen Kollegen, den an dem betreffenden Orte zu besitzen man die große Ehre habe. So sind nun einmal die Buchdrucker, d. h. die ansehnliche Mehrheit derselben: im Kleinen groß und im Großen klein! Selbstevident ist der „Corr.“ keine Titel- und Ordensliste und deshalb wandern dergleichen Einbindungen in den Papierkorb. Zur Begründung unseres Standpunktes und als abschreckendes Beispiel wollen wir aber doch noch die Vemter und Würden aufzählen, mit denen ein bekannter, von uns sehr geschätzter Mainzer Kollege seinen breiten Büdel beladen hat. Derselbe jungiert nämlich 1. als Vorsitzender des Bezirksvereins Mainz, 2. Vorsitzender der Typographia, 3. Vorsitzender des Tarifschiedsgerichtes, 4. Vorsitzender der Ortskrankenkasse, 5. Vorstandsmitglied des Vergnügungsvereins Gutenberg, 6. Vorstandsmitglied des Maschinen-seperklubs, 7. Kassierer der sozialdemokratischen Partei, 8. Beisitzer des Schöffengerichtes, 9. Beisitzer des Gewerbegerichtes, 10. Mitglied der Steuereinschätzungskommission, 11. Mitglied des Stadtordnungs-Kollegiums und 12. ist dieser vielbeschäftigte Mann auch noch wirklich und wahrhaftig in seinem Berufe tätig. Wir sind der unmaßgeblichen Ansicht, daß das kein Pferd geschweige denn ein Mensch aushalten kann. Aus diesem Grunde wandten wir uns in Nr. 5 gegen so che Ueberbürdungen, die wir bedauern im Interesse der Betroffenen als Menschen, aber auch bedauern im Interesse der zu vertretenden Sache. Das einzig Erfreuliche an solchem Mehrerleidum ist nur die daraus resultierende Bestätigung, daß die Buchdrucker vielgeehrte Menschen sind, wenn es gilt, im Interesse der Arbeiterschaft positive Arbeit zu verrichten. Diese Tatsache widerspricht allerdings dem zur Gewohnheit gewordenen Gebrauch, die Buchdrucker als nicht mit dem nötigen proletarischen Empfinden ausgerüstet über die Achsel anzusehen.

Zeitungsausstellung. Wie aus dem Inzeratenteil der heutigen Nummer ersichtlich, geneht die Kommission der Leipziger Maschinenmeister und Drucker in Leipzig eine internationale Zeitungsausstellung zu veranstalten. Eine solche Ausstellung hat auch für weitere Kollegentreife ein Interesse, zudem quasi eine Wanderausstellung damit verbunden ist. Wir zu unserm Teile erjuchen daher die Kollegen, dem in dem Inzerate ausgesprochenen Wunsche der Kommission in weitestem Maße entgegenzukommen.

Ein graphische Abteilung größerer Umfangs wird die diesjährige große Berliner Kunstausstellung enthalten, in der die ersten graphischen Kunststätten Deutschlands vertreten sein werden.

Die Herstellung von Neudrucken außer Kurs gesetzter Briefmarken durch die Reichsdruckerei hat in Philatelientreisen großen Unwillen erregt. Verschiedene Vereinigungen der Briefmarkensammler fordern in einer Eingabe, daß entweder solche Nachdrucke überhaupt unterbleiben oder aber durch den Vermerk „Neudruck“ kenntlich gemacht werden. Wie wir dem „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ weiter entnehmen, sind die deutschen Briefmarken einer Untersuchung unterzogen worden, ob nicht „Künstlerscherze“ bei ihren Entwürfen unterlaufen sind. Die serbischen Krönungsmarken z. B. sind mit der roten Maske des ermordeten Alexander als Unterzeichnung versehen. Doch konnten solche Verzierungen nirgend festgestellt werden; auch die ausländischen Postverwaltungen haben ihren Kassenheimern nicht getraut und nahmen eine derartige Prüfung vor, deren Resultat auch in diesem Falle ein negatives war.

Die Entlassung eines Faktors, eines Gezesen, fordern sämtliche Angestellte der Scheibler'schen Buchdruckerei- und Verlagsfirma in Lobz und legen aus diesem Grunde die Arbeit nieder.

Ein zweites Preßgesetz soll in Pennsylvania auf Vorschlag des Gouverneurs geschaffen werden, damit diejenigen Druckschriften verboten werden können, welche gewohnheitsmäßig Lügen verbreiten. Auf Antrag der dadurch Geschädigten soll auch die Verfolgung solcher Blätter durch den Generalanwalt erfolgen. Wenn in Deutsch-

land die standalös und gewohnheitsmäßig lügenden Zeitungen usw. verboten werden würden, so würde unsere Tagespresse z. B. jetzt bei dem Miesenkampfe im Ruhrreviere ganz bedeutend begünstigt werden.

157 tägliche, wöchentliche und monatliche Zeitungen sollen gegenwärtig in China erscheinen. Bis vor einigen Jahren war die Zahl der Zeitungen eine ganz geringe infolge der scharfen Zensur und Unterdrückungen durch die Regierung.

Der Beirat für Arbeiterstatistik hat in seinen letzten Sitzungen 58 Auskunftspersonen aus dem Fuhrwerke gewählt. Was schon durch die statistischen Erhebungen festgestellt, fand seine Bestätigung, daß nämlich den Fuhrleuten kaum die nötige Zeit zum Essen und Schlafen verbleibt. Für die Kutjager hat das Jahr in der Regel 365 Arbeitstage, die noch länger sind als die Arbeitszeiten der Pferde. Auf diese wird noch Rücksicht genommen, auf die Menschen nicht. Nur einige Fuhrunternehmer waren für einen Maximalarbeitstag zu haben, der nach ihrer Meinung aber sich auf vierzehn bis fünfzehn Stunden ausdehnen müsse. Später sollen die Organisationen befragt werden, wie diese Mißstände zu beseitigen und wie eine Regelung der Arbeits- und Sonntagsruhe herbeigeführt werden könne. Festgestellt wurde ferner ein Fragebogen an die Zeitscher. Bei der weiteren Behandlung über die Arbeitszeit der in Kontoren beschäftigten Personen stellte es sich heraus, daß durch die Befragung der Organisationen eine Reihe von Mißständen aufgedeckt werden konnte, welche mittels der Fragebogen nicht ermittelt wurden; namentlich bei den Handels- hilfsarbeitern sind diese Mißstände sehr zahlreich. Diese Erhebungen sollen fortgesetzt und weitere Auskunfts- personen aus allen Branchen des Handels gewählt werden. Auch soll das Reichsgesundheitsamt befragt werden, ob die Gesundheit der Arbeiter bei der gegenwärtigen Arbeitszeit gefährdet sei. Das „Reichsarbeitsblatt“ fängt nun auch schon an, dem hohen Bundesrate fürdrerlich zu werden wegen des Kostenpunktes, der sich in einem Jahre — die Druckrechnung allein ist gemeint — schon auf 40000 Mk. belaufen hat. Da für den Beirat überhaupt nur 39000 Mk. im Etat ausgeworfen sind, will man Beschränkungen in dem Umfange des „Reichsarbeitsblattes“ einführen. Das große Deutsche Reich ist immer ängstlich im Ausgeben, wenn es sich um kulturelle Zwecke handelt, sonst gibt man mit vollen Händen aus voller Tasche.

Nach den Rechnungsergebnissen der Berufs- genossenschaften für das Jahr 1903, wie sie dem Reichstage in einer Zusammenstellung unterbreitet worden sind, bestanden in Deutschland 66 gewerbliche Berufs- genossenschaften mit 14 Versicherungsanstalten, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 198 staatliche und 289 Provinzial- und Kommunalaufsichtungs- behörden (7 mehr als 1902). Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfaßten 349 Sektionen und 698955 Betriebe mit 7466484 durchschnittlich versicherten Personen. Die Zahl der Betriebe ist gegen das Jahr zuvor um 30121 gestiegen; die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen ist um 365917 gewachsen. Die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften umfaßten 583 Sektionen, 464242 Betriebe mit 1189071 durchschnittlich versicherten Personen. Hier ist eine Steigerung der Betriebe gegen das Vorjahr, und zwar um 3970 festzustellen; hingegen ist in der Land- und Forstwirtschaft die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen dieselbe geblieben. Von den Reichs-, Staats- sowie Provinzial- und Kommunalaufsichtungsbehörden werden 801882 Personen (16717 mehr als im Jahre zuvor) nachgewiesen. Von den 114 Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1903 veranlagt: a) Entschädigungen 106013330 Mk., b) Kosten der Fürsorge für Verletzte unmerklich der gesetzlichen Wartezeit 655049 Mk., c) Kosten der Unfallunterstützungen und der Feststellung der Entschädigungen 3595167 Mk., d) Kosten des Rechtsganges 1685247 Mk., e) Kosten der Unfallverhütung 1011897 Mark, f) laufende Verwaltungskosten 10744987 Mk., g) sonstige Ausgaben 1048224 Mk., h) Einlagen in den Reservefonds 15502947 Mk. Die Gesamtausgabe belief sich danach auf rund 140256900 Mk. Die Einnahmen überstiegen die Ausgaben um mehr als 2¼ Millionen Mark. Von den Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalaufsichtungsbehörden sind an Ausgaben 9810592 Mark nachgewiesen worden. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge belief sich im Rechnungsjahre auf rund 117¼ Millionen Mark. Die Zahl der Unfälle, für welche im Jahre 1903 zum erstenmale Entschädigungen gezahlt wurden, betrug 129375 Mk. Darunter waren 8370 Unfälle mit tödlichem Ausgange und 1538 Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, welche im Jahre 1903 die erste Rente erhalten haben, betrug 18587.

Entwürfigend ist eine Notiz in Nr. 1 des „Freien Guttempler“ zu nennen, die folgendermaßen lautet: „Dankeagung. Von Herrn Generaldirektor Ballin wurde uns für die Weihnachtsgabe der Kinder unserer Hamburger Logen die reiche Gabe von zwanzig Mark überwiesen, wofür wir hierdurch mit verbindlichstem Danke quittieren. Die Geschäftsstelle des Freien Guttemplerordens.“ Erstens scheinen die freien Guttempler nicht zu wissen, wer Ballin ist und wo dessen Geld herkommt, zum andern stellt ihnen jede Begriffsbestimmung darüber, was man gemeinhin eine reiche Gabe nennt. Es müssen ganz wehrlose Menschen sein die Herren in der Geschäftsstelle des Freien Guttemplerordens.

Bestloje werden gemeinhin als Lumpen bezeichnet. Diese kaum glaubliche Bemerkung leistete sich ein Amtsanwalt in Magdeburg-Buckau gelegentlich eines Arbeitswilligenprozesses. Ein Bohrst verarbeitete einem Arbeitswilligen eine kräftige Chaise, weil dieser zu ihm gesagt: Geht mit 500 Mk., ihr Lumpen, dann arbeite ich auch nicht! Ein anderer Streikbrecher erhielt von ihm eine ebenso klatschende Antwort. Der Amtsanwalt meinte nun, mit dem Ausbrüche „Lumpen“ habe der Arbeitswillige niemand beleidigt, da man Bestloje gemeinhin als Lumpen bezeichne. Der Mann erhielt sechs Wochen Gefängnis, beantragt waren fünf Monate. Ist die zitierte Fleußerung so gefallen, dann wird diese unerhörte Beleidigung des größten Teiles des deutschen Volkes hoffentlich noch ein Nachspiel für den mit so wunderbaren Begriffen erfüllten Amtsanwalt haben.

12 000 Arbeitsloje sollen in München vorhanden sein. Eine im kindlicher abgehaltene Arbeitslosenversammlung war von 4000 Personen besetzt. Diese Art der Demonstration zwecks Ergreifung von Maßnahmen zur Verringerung der Not war notwendig, weil am Sendlingertorplätze an mehreren Tagen Straßendemonstrationen stattgefunden haben, die Polizeistrafen zur Folge hatten.

Die Anwendung des Erpressungsparagrafen gegen organisierte Arbeiter ist in Berlin kürzlich an einem Tage dreimal zu verzeichnen gewesen. Im ersten Falle waren einem organisierten, in der Beitragszahlung aber recht säumigen Dachdecker von seinen Mitarbeitern über sein Verhalten Vorwürfe gemacht worden. Einer hatte gesagt: „Wenn du dein Verbandsbuch nicht in Ordnung hast, dann werden wir dich bei den Schweinsköfen kriegen; wir werden dich erziehen, hier geht es anders zu als bei dir zu Hause“; ein anderer hatte eine das fernere Zusammenarbeiten betreffende Andeutung getan. Das „Mustermitglied“ erblickte darin eine Drohung, dem Verbandsangehörigen zu müssen, und auch die zehnte Strafammer war dieser Ansicht, weshalb auf einen Monat Gefängnis gegen den einen der Angeklagten erkannt wurde. — Ad 2 handelte es sich um den Fall Adameit, der schon das Reichsgericht beschäftigt hat, welches das Urteil aufgehoben, weil die vier Angeklagten nur wegen versuchter Erpressung und nicht wegen Vergehens gegen § 1-3 der Gewerbeordnung verurteilt waren. Der Töpfer Adameit war von seinen Mitarbeitern angehalten worden, sich der Organisation anzuschließen. Als er erklärte, er habe kein Geld dazu, hat ihm einer der Angeklagten solches vorgeschossen und ihn auf das Verbandsbureau geführt. Dort gefragt, ob er aus eigner Antriebe sich melde, erklärte Adameit, daß er dies nur gezwungen tue. Auf Grund dieser Erklärung wurde seine Aufnahme abgelehnt; Adameit verlor dann seine Stelle, weil die anderen nicht mehr mit ihm arbeiten wollten. Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt, die Angeklagten hätten dem Verbandsangehörigen einen Vermögensvorteil — das geringe Eintrittsgeld — verschaffen wollen, der für die Organisation größer sei als die von derselben gegen die Mitglieder übernommenen ungewissen Verpflichtungen. Daß auch das Reichsgericht diese Ansicht vertritt, sei zur Kennzeichnung der bei unserm höchsten Verichte in solchen Sachen nicht gerade seltenen irrigen Auffassungen nur nebenbei bemerkt. Es wurde diesmal nun auch ein Verstoß gegen den Pentersparagrafen der Gewerbeordnung herausgefunden, die Strafen (einmal zwei und dreimal ein Monat) hiebei jedoch dieselben. Zu diesem Falle wollte man den in Nr. 6 behandelten freisprechenden Entscheid des hanseatischen Obergerichtes gegen Bauarbeiter vergleichen, die auch nicht mit einem unorganisierten Arbeiter zusammenarbeiten wollten. — Im dritten Falle erhielt ein Schlosser drei Wochen Gefängnis wegen ein paar dunkler Worte gegen zwei Arbeitswillige. Unfre Ansicht in bezug auf die beiden ersten Sachen geht dahin, daß man auf die Gewinnung solcher faulen Kunden für die Organisation verzichten sollte. Die Frage des Zusammenarbeitens mit derartigen Leuten ist in Anbetracht unserer Judikatur recht diffizil, sie kann aber auch noch anders geregelt werden, und ihre Lösung wird auch so befriedigen.

Keine Erpressung und keine Nötigung ist es dagegen, wenn der Verein Bremerischer Baugewerksmeister seinen Mitgliedern vorschreibt, einen bestimmten Maurer zu entlassen bzw. nicht vor dem 31. Dezember in Arbeit zu nehmen, weil derselbe in der „Bremer Bürgerzeitung“ die unsolide Bauweise einer Firma kritisiert hatte, welche zu einem Einsturze geführt, wobei 14 Arbeiter getötet und 3 schwer verletzt wurden. Keine Erpressung, Drohung und Nötigung ist es ferner, wenn die Berliner Metallwarenfabrikanten einen Beschluß gefaßt haben, wonach nur Nichtorganisierte wieder eingestellt werden sollen. Würden diese Fälle von Terrorismus auch an Gerichtsstätte gewogen und befunden werden, dann könnte noch mit mehr Recht von einer Ueberbürdung der Richter gesprochen werden. Der Klassenstaat verhindert jedoch diese schwerere Belastung.

Ein aufreizendes Urteil gegen streikende Arbeiter ist in Bologna gefällt worden. Während des Landarbeiterstreiks war es zu einem Wortwechsel in einer Wirtschaft zwischen Streikenden und einem Arbeitswilligen gekommen. Beim Nachhausegehen warf der Arbeitswillige seinen Hut weit von sich mit der Bemerkung, wer sich an seinen Hut heranwage, den schicke er nieder. Einer der Arbeitswilligen trat sodann den Hut mit Füßen, ergriff aber die Flucht, als er den Revolver des Arbeitswilligen auf sich gerichtet sah; von den auf ihn abgegebenen Schüssen traf errenlichstweise nur einer. Der Ausschändige

sowie ein anderer Zeuge dieses Vorfalles erhielten je 6 Monate Gefängnis wegen Aufreizung, der Streikbrecher — wurde freigesprochen.

Die Zahl der praktizierenden Aerzte in den Großstädten war im Jahre 1904 (die Zahlen von 1903 sind zum Vergleich in Klammern beigefügt) folgende: Berlin 2638 (2572), Breslau 592 (573), Köln 414 (369), Frankfurt a. M. 389 (366), Hannover 276 (277), Magdeburg 190 (191), Düsseldorf 191 (182), Stettin 191 (185), Königsberg 264 (291), Altona 89 (95), Elberfeld 87 (88), Halle a. S. 209 (205), Dortmund 98 (89), Warmen 81 (77), Danzig 159 (162), Wachen 115 (114), Essen 90 (90), Posen 139 (141), Kiel 223 (235), Regensburg 69 (66), Rastatt 124 (123), Duisburg 49 (48), München 778 (754), Dresden 495 (505), Leipzig 524 (444), Stuttgart 235 (231), Straßburg 248 (212), Nürnberg 198 (183), Chemnitz 132 (130), Braunschweig 122 (112).

Differenzen zwischen Aerzten und den Krankenassen bestanden zurzeit noch an 74 Orten. Zu Anfang des vergangenen Jahres wurden an 100 Orten solche Konflikte geschlichtet, um die Mitte des Jahres gar an 120.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrreviere ist nun wirklich ein allgemeiner geworden. Von den nach amtlicher Feststellung am 30. September v. J. im Ruhrreviere arbeitenden 268256 Bergleuten waren am 18. Januar 225000 Mann der Parole zur allgemeinen Arbeitsniederlegung gefolgt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat nun ebenfalls einen Aufruf zur Unterstützung der an dem Niesenkampfe im Ruhrreviere beteiligten Hunderttausende erlassen und gibt bekannt, daß alle Gelder an den Hauptkassierer des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Paul Horn, Bochum, Wiemelshausenstraße 38—40, zu senden sind. Es seien ungeheure Summen nötig, die Unterstützungen müssen rasch gegeben werden und reichlich fließen. Die vier Organisationen der Bergleute seien einig in der Abwehr dieses von den Unternehmern frevelnd heraufbeschwoenen Massenstreiks. Die Solidarität der so verschiedentlich organisierten Bergarbeiter ist dank der Machenschaften der Syndikatsleute eine ungetriebene; nur von einem Miniaturvereinen, dem evangelischen Arbeiterbunde, soll ein Flankenangriff inziert werden, doch bleibt das zum Streikbrüche aufzufordernde Flugblatt dieser Vereinigung ohne Beachtung. Das Verhalten der Hunderttausende von Streikenden ist ein musterträugliches. In Provokationen der Bedenbeamteten stellt es nicht, wohl aber an denen, die darauf hincinschauen. Was die von Unternehmergruppen ausgeschickten Blätter über Ausschreitungen schreiben, ist eitel Schwindel. Wir können dafür einen klaffenden Beweis erbringen. In einer Belegschaftsversammlung in Witten war auch der Bürgermeister Dr. Haarmann mit dem Polizeinspektor anwesend, ersterer nahm ebenfalls das Wort. Die Polizeiverwaltung, so führte er aus, steht auf dem Standpunkte, daß sie mit den Streikenden Fühlung nehmen muß. Ich bin hierher gekommen, um mich von der Haltung der Bergleute zu überzeugen. Ich kann nur meine Freude an der musterhaften Haltung der Bergleute äußern. Ich verurteile es ganz entschieden, daß der Verein für Bergbauische Interessen mit den Verbänden nicht verhandeln will. Menstliche Gemüter haben an mich das Ansinnen gestellt, die Polizeimannschaften in Witten zu verstärken. Dieses habe ich rumbweg abgelehnt. Im Gegenteile, wenn alles so ruhig verläuft wie diese Versammlung, so habe ich noch Polizeibeamte übrig, — die ich in andere Bäderörter — schicken kann. Bleiben wir unter uns und meiden Sie jede fremde Person. Die Bedenbeamteten ist überflüssig, wenn die Streikenden sich ruhig verhalten. Meine Aufgabe besteht darin, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sollten mal kleine Ausschreitungen vorkommen, dann dürfen Sie nicht gleich die Polizei als Feinde ansehen. Ich bin jederzeit bereit, vermittelnd zu wirken. Sollten Sie Klagen haben gegen die Polizei, so bringen Sie dieselben vor, ich werde die Sache untersuchen, und mein Urteil nach Anhören beider Parteien fällen. Als der Generallstreik proklamiert wurde, wurde mir von mehreren geraten, nach Hause zu eilen, um die Lage zu studieren. Ich kann aber sagen, daß ich nach Lage der Sache keinen Augenblick zögern werde, morgen früh wieder dem Provinziallandtage in Münster beizuwohnen. Folgen Sie den Führern, dann wird alles in Ruhe und Ordnung verlaufen. — Auch von gut informierten Kollegen wird uns aus dem Streikgebiete geschrieben, daß alles ruhig ist und nichts von einer drohenden Situation die Rede sein kann. Die Aitendorf und Stinnes, diese Generallstreiks des Kohlsyndikates, das bereits seine Lieferungsstermine nicht mehr einhalten kann, werden rasen und verzweifeln ob dieser Gefährlichkeit der Arbeiter. Im preussischen Abgeordnetenhaus widmete man fast die ganze Sitzung am 17. Januar den Ereignissen im Ruhrreviere. Brust hielt eine lange Rede, der der Minister Müller das Zeugnis ausstellte, daß sie gemäßigter gewesen wäre als frühere. Für Brust als Bergmann ist das keine Ehre, denn man jedoch zugute halten muß, daß ihm als Zentrumsgewählten die Flügel beschneiden sind. Das Spiegelbild, was jetzt die Zentrumspresse bietet, läßt ungefähre Schlüsse auf die Haltung des Zentrums in dieser Frage zu: man ist mit dem Verhalten der christlichen Bergleute, die gemeinsame Sache mit ihren andersorganisierten Kameraden machen, zumeist nicht einverstanden. Der Handelsminister Müller brachte es fertig, zu behaupten, die Selbsthaft gehöre nicht zur Arbeitszeit; er brachte es auch fertig, den Bergleuten vorzuhalten, daß die Verständigungsversuche durch ihre Schuld gescheitert seien, sogar das Nulles fand durch ihn eine Ver-

teidigung! Der Polizeiminister Hammerstein hatte wieder einen seiner unglücklichen Tage; er sprach die Hoffnung aus, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrreviere mit der „ordinären“ Polizei gelingen möchte, und redete in kräftigen Worten von der Notwendigkeit des Arbeitswilligenprozesses. Die Abgeordneten Tisch (natl.) und Winkler (konf.) jammerten mit dem langen Müller um die Wette über den Kontraktbruch der Bergleute, davon, daß die Zehnenverwaltung „Bruchstraße“ vorweg kontraktbrüchig geworden, natürlich kein Wort. Dann aber drehten die genannten Weiden im Vereine mit dem nationalliberalen Schmitz nach Selbstkräften den Schleifstein. Der Letztere erging sich in lebhaften Schwärmungen über die polnischen Bergarbeiter, für die das Zauberwort Heimat und Familie keine Bedeutung habe. Dieselben Polen, die von den Zehnenleitungen in Masse nach Rheinland-Westfalen importiert wurden und auch jetzt wieder als Arbeitswillige für das Ruhrgebiet in ihrer Heimat angeworben werden! Also eine ganz widerliche Heuchelei! Der freisinnige Abgeordnete Goldschmidt versagte noch weit mehr wie Brust; dieser Tisch-Wunderliche Gewerkschaftsführer machte nur belanglose Ausführungen und begrüßte die Mitteilungen des den Forderungen der Bergarbeiter nichts weniger wie freundlichen Minister Müller gar mit Dank! — Die Verhandlungen der von der preussischen Regierung entsandten Kommission werden wohl zu keinem befriedigenden Ergebnisse führen, da die Syndikatsmacher eine gemeinsame Sitzung mit den Delegierten der Arbeiterschaft ablehnten. Sie trugen den Arbeitern, sie trugen der Regierung die Kohlenbarone; nur der Kampf kann diesen proppigen Standpunkt niederringen. — Der partielle Ausstand der Bergarbeiter auf dem Werke Bamsdorf bei Meuselwitz ist beigelegt, da über die vorhandenen Lohn-differenzen Einigung erzielt wurde.

Wie in Wien, so ist es auch in Budapest zu einer Aussperrung der Zischler gekommen; die Unternehmer wollen die Arbeitszeit verlängern. — In Livorno streifen die Hafenarbeiter, die in Venedig sind bei ihrem Kampfe unterlegen. — In Valencia (Spanien) ist ein Generallstreik ausgebrochen; Bauarbeiter, Bäcker, Buchdrucker und Postbeamte sind in der Hauptsache an dieser Aktion beteiligt. Vielleicht ist dieser Ausstand identisch mit dem in Nr. 6 aus Balence (Frankreich) berichteten. — 12000 Arbeiter der Putzloischen Werke in Petersburg sind in den Ausstand getreten, weil die Direktion es ablehnte, die Forderung des Verbandes der russischen Arbeiter, Wiedereinstellung von vier wegen ihrer Zugehörigkeit zu diesem Verbands entlassenen Arbeitern und Entlassung eines mißliebigen Werksführers, zu erfüllen. Die Streikbewegung soll auch auf andere Fabriken sich erstreckt haben. — Der Ausstand der Arbeiter in Waku ist infolge Entgegenkommens der Arbeitgeber beigelegt. Diese haben im allgemeinen einen neunstündigen Arbeitstag für die Arbeiter, einen achttündigen für die Heizer, Naphthaschöpfer und andere Arbeiter sowie Festsetzung eines Minimallohnes für die einzelnen Arbeiterkategorien, Gewährung von Wohnungsgeldern, Heizung, Beleuchtung und Wasser, ferner für die Zeit des Ausstandes vollen Lohn für die mit monatlicher Kündigung sowie halbmonatlichen Lohn für die mit täglicher Kündigung angestellten Arbeiter bewilligt.

Gingänge.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 23. Jahrgang. Heft 89. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk. Diese Neujahrsnummer präsentiert sich wieder in einem eleganten Gewande, weshalb unsere schon früher ausgesprochene Ansicht, daß die Bemühungen des Herausgebers vollen Anklang finden, und daß diese Halbmonats-schrift neben einigen wenigen ihres Gleichen wirklich erzieherisch für das graphische Kunstgewerbe wirkt, immer wieder neue Bestätigung findet.

Typographische Jahrbücher. Monatlich erscheinende Zeitschrift für die Interessen des gesamten graphischen Gewerbes. Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig-Nr. 25. Jahrg. Heft 12. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 4,80 Mk.

Geschichte der deutschen Zimmererbewegung von August Brünigmann. Zweiter Band. Verlag: Paul Singer, Stuttgart.

Geftorben.

In Berlin am 29. Dezember der Seher Georg Michaelis, 34 Jahre alt — tuberkulöse Gehirnhautentzündung; am 30. Dezember der Seherinvalide Gustav Stange, 49 Jahre alt — Schlaganfall; am 2. Januar der Seher Wilhelm Gembus, 27 Jahre alt — Lungenleiden; am 4. Januar der Seher Max Meyer, 20 Jahre alt — Lungen-schwindsucht.

In Böhmen-Kamnitz am 8. Januar der Buchdruckereibesitzer Josef Fleck, 76 Jahre alt.

In Vera am 14. Januar der frühere Seher (zuletzt Schandwirt) Oswald Hauschild aus Königstein a. Elbe, 42 Jahre alt — Lungenleiden.

In Hildesheim in der Provinzial-Irren- und Nervenheilanstalt am 19. Oktober 1904 der Seherinvalide Georg Lehgen, 47 Jahre alt.

In Leipzig am 14. Januar der Seherinvalide Gust. Wd. Pastänier aus Connewitz, 60 Jahre alt — Lungenleiden.

In München am 13. Januar der Buchdruckereibesitzer Karl Aug. Seyfried, 54 Jahre alt.

In Stuttgart am 14. Januar der Seher Hermann Schnell, 33 Jahre alt — Blinddarmentzündung.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Die reisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß

1. die Wirte der Buchdruckerverkehre sich schriftlich verpflichtet haben, weder Vorhänge an reisende Verbandsmitglieder zu geben, noch mit Nachnahme eingeschaltete Bücher oder Reiselegitimationen einzulösen zu wollen — bei Verlust des Verkehrs;
2. jedem Reisenden, welcher Buch oder Reiselegitimation verlegt, die Unterföschung für die Dauer von 2 Wochen = 14 Tagen entzogen wird; im Wiederholungsfalle erhöht sich die Entziehung der Unterstützung auf 3 bzw. 4 Wochen;
3. Reisende, welche ihr Quittungsbuch unliebsamer Eintragungen wegen absichtlich vernichten, sowie solche, welche sich eine neue Legitimation mit der Motivierung ausstellen lassen, daß die alte Legitimation verloren gegangen sei, während sie tatsächlich verlegt ist, ausgeschlossen werden.

Wir richten an die reisenden Kollegen in ihrem eignen Interesse das dringende Ersuchen, die vorstehenden Bestimmungen genau zu beachten; andernfalls haben die Reisenden bei Zuwiderhandlungen die daraus entstehenden Folgen sich selbst zuzuschreiben.

Berlin. Die Hauptverwaltung.

Mecklenburg-Lübeck. Der diesjährige Gantag findet zu Ostern in Schwerin statt. Anträge sind bis spätestens den 15. März beim Gauvorstande einzureichen.

Bezirk Brandenburg. Die Mitgliedschaften werden ersucht, die Jahresberichte bis spätestens 1. Februar an den Bezirksvorstand einzusenden.

Bezirk Darmstadt. Die diesjährige Generalversammlung findet Sonntag den 19. Februar statt. Anträge für dieselbe sind bis spätestens 12. Februar an den Vorsitzenden einzureichen.

Bezirk Dortmund. Unsere erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 19. Februar in Dortmund im Restaurant Bogell statt. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern später zu. Anträge wolle man bis zum 10. Februar an H. Beder in Dortmund, Niefstraße 5, einbringen.

Bezirk Düsseldorf. Der Vorstand besteht für das Jahr 1905 aus folgenden Kollegen: Heinrich Born, Franklinstraße 60, I, Vorsitzender; A. Höch, Stellvertreter; W. Krone, Arnthof 13, I, Kassierer; F. Bauer, Stellvertreter der Kassierer; Joh. Fauch, erster Schriftführer; O. Keschner, zweiter Schriftführer; E. Tusch und K. Künemann, Bibliothekare; H. Sieberts, Beisitzer.

Bezirk Duisburg. Für das laufende Jahr setzt sich der Vorstand aus folgenden Kollegen zusammen: Bernh. Ahlbrink, Kammerstraße 141, erster Vorsitzender; Rud. Heuer, zweiter Vorsitzender; Frh. Wimar, Heerstraße 2, Kassierer; Bernh. Fisch, erster Schriftführer; Daniel West, zweiter Schriftführer; Wlfr. Lenz, Beisitzer; Bernh. Schlösser und Herm. Panhey, Revisoren.

Bezirk Elberfeld. Die Bezirks-Hauptversammlung findet Sonntag den 19. Februar in Elberfeld statt. Anträge hierzu sind bis zum 12. Februar an den Vorsitzenden B. Drechsler erbeten. Die Tagesordnung wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Essen. Der Drucker Otto Würler aus Viefelfeld wird um umgehende Einmündung der restierenden drei Beiträge, die Seher Wilhelm Leichert aus Ologau und Heinz Horst werden um Angabe ihrer Adresse an M. Adameczewski in Essen, Salfenbergweg 2, ersucht.

Sonntag den 5. Februar findet in Essen (Ruhr) eine außerordentliche Bezirksversammlung statt. Anträge zu derselben sind bis zum 30. Januar an den Vorsitzenden Karl Bornmühl in Nittenscheid, Amalienstraße 3, einzureichen. Alles Nähere durch Zirkular.

Bezirk Göttha. Der Vorstand für das Jahr 1905 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Hugo Langloß, Remstädterstraße 4, Vorsitzender; Karl Balz, Trienauerstraße 13b, Kassierer; Paul Wendel, Schriftführer; Wilhelm Kemper und August Böll, Revisoren.

Bezirk Kottbus. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen: A. Beck, Burgstraße 22, Vorsitzender; F. Greimann, BelleVuestraße 13, Kassierer und Kassaführer; B. Hoffmann, Schriftführer; F. Escher und B. Bayer, Revisoren.

Die nächste Bezirksversammlung findet am 26. Februar in Kottbus statt. Anträge sind bis zum 11. Februar einzureichen.

Bezirk Krefeld. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 12. Februar in Lobberich statt. Anträge sind bis zum 30. Januar an den Vorsitzenden Gustav Murmann, Blumenstraße 94, erbeten. Alles Nähere durch Zirkular.

Bezirk Lahr. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 12. Februar in Offenbürg statt. Anträge sind bis zum 5. Februar an den Kollegen Max Wieland in Lahr, Schloßplatz, erbeten. Alles Nähere durch Zirkular.

Alle Geldsendungen usw. sind nunmehr wieder an den Kassierer Konstantin Sauter, Lahr, Lammstraße 23, zu richten.

Bezirk Neuruppin. Der Seher Bernhard Kühl, zuletzt in Dranienburg in Kondition, wird hierdurch aufgefordert, sich innerhalb acht Tagen zu melden, andernfalls Ausschluß wegen unfontrollierbaren Laufenthaltes erfolgt.

Bezirk Speier. Den Ausschluß pro 1905 bilden die Kollegen: Frdr. Graf, Armbrust 16, erster Vorsitzender; Frdr. Stachelroth, zweiter Vorsitzender; Frh. Köhler, Curichgasse, Kassierer; Ludw. Falkenhayn, Schriftführer; Ludw. Dittich, Bibliothekar; Jak. Stamm und Johs. Strehl, Revisoren.

Viefelfeld. (Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand für das Vereinsjahr 1905 besteht aus folgenden Kollegen: Joh. Ernst Nothe, Arndstraße 47, II, erster Vorsitzender; Karl Wiedemeyer, zweiter Vorsitzender; Guft. Droffe, Kajenenstraße 5, Kassierer; Ernst Salzmann, erster Schriftführer; Emil Trefflich, zweiter Schriftführer; W. Wunderlich und W. Beckmann, Revisoren.

Reggendorf. Der Ortsausschluß setzt sich wie folgt zusammen: Hans Hasenkopf (Buchdruckeri Rothast), Vorsitzender; Anton Daz, Kassierer; Josef Scheingrab, Schriftführer; Josef Kramer, Revisor.

Dessau. (Bezirks-Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand besteht für das Jahr 1905 aus folgenden Kollegen: Karl Lingner, Grünstraße 8, part., Vorsitzender; Willibald Bruchholz, Marienstraße 23, Kassierer; Hermann Meier, Schriftführer; Leop. Krause und Ernst Bülke, Revisoren.

Das Statutum für Durchreisende wird beim Kollegen Bruchholz im „Anhalt. Staatsanzeiger“ ausgesetzt.

Süren. (Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand besteht aus den Kollegen: Adam Heinrich, Meyentierweg 25, Vorsitzender; Adolf Hungenberg, Winkelsberstraße 67, Kassierer; Fritz Bense, Schriftführer.

Einshorn. Der Vorstand für das Jahr 1905 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Wlfr. Nachow, Flammweg 22, Vorsitzender; H. Wilken, Gärtnerstr. 18, Kassierer; F. Solbie, Schriftführer; Joh. Müller, Bibliothekar; Ernst Siebinksky und H. Wolters, Revisoren.

Gummingen. Der Vorstand des Ortsvereins besteht für 1905 aus folgenden Kollegen: H. Eckmann, Vorsitzender; W. Mik, Schriftführer und Kassierer.

Gelsenkirchen. Der Vereinsvorstand für das laufende Jahr setzt sich wie folgt zusammen: H. Pappe, Schalterstraße 71, erster Vorsitzender; H. Naus, zweiter Vorsitzender; R. Trügel, Hochstr. 14, Kassierer; R. Müller, Schriftführer; W. Weymar, Bibliothekar.

Horburg a. E. Für das Jahr 1905 gehören folgende Kollegen des hiesigen Ortsvereins dem Vorstande an: Heinz Seliger, Niemannstraße 32, Vorsitzender; Carl Wolff, Grabelstraße 7, Kassierer; Hermann Schnoor, Schriftführer.

Hohentlimburg. Der Vorstand des Ortsvereins besteht aus folgenden Kollegen: Paul Karrenberg, Vorsitzender; Hermann Junghänel, Kassierer; Robert Köhlen, Schriftführer; Fritz Senner, Revisor.

Hörde. Der Vorstand für das Jahr 1905 besteht aus folgenden Kollegen: Gustav Heinrichs, Wellinghoferstraße 2, Vorsitzender und Kassierer; Wlfr. Schütter, Stellvertreter; Bernh. Schlöter, Schriftführer; Theodor Beder, Bibliothekar.

Köln. (Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand setzt sich für das Jahr 1905 aus folgenden Kollegen zusammen: Jean Ettwein, An der Linde 16, Vorsitzender; Heinrich Bistoris, Annostraße 45, III, Kassierer; Georg Fink, Schriftführer; W. Kiefer und J. Lüllsdorff, Beisitzer; Eifermann und Thieme, Revisoren.

Bei der Firma Gebrüder Haack hieselbst haben sämtliche (neun) Kollegen zwecks Einführung des Tariffes die Kündigung eingereicht.

Königsberg i. Pr. (Maschinenfegerverein für Ostpreußen.) Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: D. Manned, Mittelhusen bei Königsberg i. Pr., Bahnhofsstraße 26, Vorsitzender; Tschierske, Schriftführer; Rieswandt, Kassierer; Scherzinger, Beisitzer; Ewald und Knoblauch, Revisoren.

Liña i. P. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins für das Jahr 1905 besteht aus folgenden Kollegen: F. Lange, Mollkestraße 4, II, Vorsitzender; M. Bernhardt, Lindenstraße 49, Kassierer; A. Urban, Schriftführer.

Winden. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins besteht aus folgenden Kollegen: H. C. Gieseking, Königswallstraße 75, Vorsitzender; R. Schirmeister, Kassierer; H. Rigenhof, Schriftführer.

Neuensburg. (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Der Vorstand besteht für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen: Hans Feiner, Leberergasse A 151, erster Vorsitzender; Georg Busch, zweiter Vorsitzender; Ferdinand Trost, Stahlzwingenweg 211 1/2, Kassierer; Anton Wagner, Schriftführer; Guft. Reinemer, Inventator.

Neuensburg. Für das Jahr 1905 besteht der Vorstand des Ortsvereins aus folgenden Kollegen: Karl Thate, Königinstr. 6, Vorsitzender; K. Helfer, Wibelstraße b. Neuensburg, Brunnenstr. 1, Kassierer; R. Wieland, Schriftführer und Bibliothekar.

Neustadt (Mecklenburg). Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das Jahr 1905 wie folgt zusammen: Paul Kempin, Borwinstr. 30 (vom 1. April); Margaretenstraße 24, III, erster Vorsitzender; Karl

Dehinde, zweiter Vorsitzender; Heinrich Gels, Margaretenstraße 53, III, Kassierer; Albert Lamprecht, Schriftführer; Emil Werner, Bibliothekar; Richard Zentner und Robert Wofje, Revisoren.

Schleswig. Der Vorstand setzt sich für das Jahr 1905 wie folgt zusammen: G. Müller, Friedriehstr. 95, Vorsitzender; F. Jacobien, Schubstraße 23, Kassierer; W. Lorenzen, Schriftführer; G. Jensen, Bibliothekar; S. Lorenzen, Beisitzer; — Revisoren (nicht zum Vorstände gehörend): Chr. Thomssen und H. Wengler.

Schweim. Der Vorstand für das laufende Jahr besteht aus folgenden Kollegen: Heinrich Meier, Kirchplatz 10, Vorsitzender; Franz Thellen, Kassierer; Wlfr. Knäpper, Schriftführer.

Schwesin i. M. Die Herren Verbandsfunktionäre werden höflichst ersucht, über den Aufenthalt des Druckers Max Nahn (Haupth.-Nr 33794) aus Berlin an den Kollegen R. Goltz, Bergstraße 7, Mittelweg gelangen zu lassen.

Ulm-Neu-Ulm. Für das Jahr 1905 setzt sich der Ausschluß aus folgenden Kollegen zusammen: Johannes Imhof, Neu-Ulm, Insel 14, Vertrauensmann; Karl Liebrandt, Stellvertreter; Johs. Häußler, Kassierer und Kassaführer; Karl Hertlein, Schriftführer; Wilhelm Koster, Stellvertreter; Gustav Grüninger, Bibliothekar; Eugen Kast und Karl Ettenhofer, Revisoren.

Wittenberg. Der Vorstand des Ortsvereins für das Jahr 1905 besteht aus folgenden Kollegen: Otto Schulze, Eichstraße, erster Vorsitzender; Otto Günther, zweiter Vorsitzender; Fritz Gellert, Bachstr. 1, Kassierer; Franz Schunack, Schriftführer; Ernst Niese, Bibliothekar.

Wittenberge. Der neugewählte Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Karl Findorff, Bismardstraße 33, Vorsitzender; R. Diercke, Wälderstraße 8, Kassierer; R. Busje, Schriftführer und Hans Künemann, Beisitzer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Düsseldorf setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: 1. Adolf Krust, geb. in Düsseldorf 1872, ausgel. das. 1891; 2. Paul Franz, geb. in Bochum 1879, ausgel. in Düsseldorf 1897; 3. Frh. Schmitz, geb. in Düsseldorf 1886, ausgel. das. 1904; 4. Peter Almann, geb. in Münster 1882, ausgel. das. 1899; die Drucker 5. Gottfried Menge, geb. in St. Johann 1879, ausgel. in Saarbrücken 1897; 6. Ant. Klabich, geb. in Kolbing (Dänemark) 1886, ausgel. in Düsseldorf 1905; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 7. Georg Vervoort, geb. in Düsseldorf 1867, ausgel. das. 1884; 8. Josef Großmann, geb. in Veburg 1879, ausgel. das. 1897; waren schon Mitglieder. — Heinrich Born, Franklinstraße 60, I.

In Elberfeld die Seher 1. Karl Pütz, geb. in Köln 1878, ausgel. in Elberfeld 1897; 2. Eduard Klein, geb. in Hörde 1877, ausgel. in Arnberg 1895; 3. Albert Meyer, geb. in Samersleben 1883, ausgel. in Ochersleben 1900; waren schon Mitglieder; 4. Julius Weber, geb. in Wettmann 1871, ausgel. das. 1890; 5. Bruno Rohland, geb. in Elberfeld 1883, ausgel. das. 1901; 6. Hugo Häfner, geb. in Elberfeld 1870, ausgel. das. 1888; 7. Wilhelm Dettershagen, geb. in Waldbrohl 1874, ausgel. das. 1892; 8. Eugen Brintinghaus, geb. in Elberfeld 1873, ausgel. das. 1893; 9. Wilhelm Kurlch, geb. in Wiffersheim 1885, ausgel. in Elberfeld 1904; 10. Ernst Horn, geb. in Friedrich-Wilhelmshütte b. Siegburg 1865, ausgel. in Köln 1884; 11. Rudolf Tusch, geb. in Witten a. d. Ruhr 1869, ausgel. in Elberfeld 1888; 12. Friedrich Schmidt, geb. in Elberfeld 1879, ausgel. das. 1889; 13. Ernst Käufer, geb. in Elberfeld 1881, ausgel. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder; die Drucker 14. Adolf Wolfziefer, geb. in Frankfurt (Main) 1872, ausgel. in Elberfeld 1890; 15. Friedrich Lache, geb. in Barmen 1862, ausgel. das. 1880; waren schon Mitglieder; 16. Josef Pittich, geb. in Aachen 1879, ausgel. in Elberfeld 1897; 17. August Beder, geb. in Unterbarren 1884, ausgel. in Elberfeld 1902; waren noch nicht Mitglieder. — Bruno Drechsler, Wilhelmstraße 22, II.

In Göttingen der Seher Ernst Eduard Grehner, geb. in Leipzig 1872, ausgel. das. 1891; war schon Mitglied. — H. Bornemann, Obere Karpstraße 9.

In Kränkebalden der Seher Karl Henze, geb. in Feinitz 1886, ausgel. das. 1905, war noch nicht Mitglied. — Albert Müller in Dessau, Dacheimstraße 7.

In Heidenheim der Seher Friedrich Daubenberg, geb. in Heidenheim 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Heilbronn der Seher Gustav Buck, geb. in Heilbronn 1886, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Mergentheim der Seher Hugo Krüger, geb. in Hamburg 1880, ausgel. in Burg auf der Insel Fehmarn 1880; war noch nicht Mitglied. — In Ludwigsburg der Drucker Johann Erne, geb. in Ravensburg 1879, ausgel. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — In Pforzheim der Seher Georg Hammer, geb. in Karlsruhe 1868, ausgel. das. 1886; war noch nicht Mitglied. — In Saugau der Seher Emil Rehm, geb. in Schmallegg (D.-M. Ravensburg) 1877, ausgel. in Ravensburg 1895; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Seher Paul Bauer, geb. 1876, ausgel. in Warbach a. N. 1894; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

